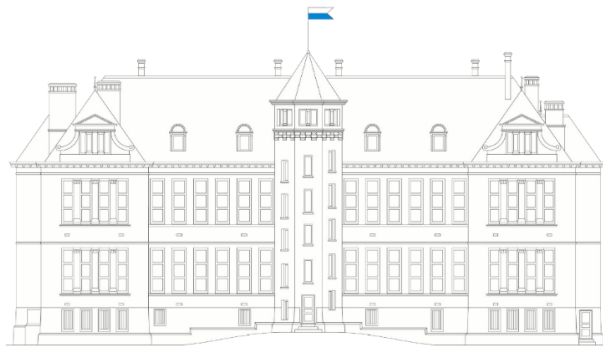


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

Deutschland hat gewählt. Doch nicht nur Deutschland verfolgt jetzt, wohin der Kurs unseres Landes geht, sondern mit mindestens ebenso großer Aufmerksamkeit das europäische Ausland. Aktuell beginnen die Sondierungsverhandlungen. Eines ist schon jetzt klar: Die außenpolitischen Herausforderungen, vor denen die neue Bundesregierung steht, sind gewaltig. Sie erfordern verlässliches und verantwortungsvolles Handeln. Wichtig ist deshalb, jetzt in dieser bundespolitischen Übergangszeit das „Zepter“ der Handlungsfähigkeit fest in der Hand zu behalten. Das betrifft die aktuellen Gesetzgebungsvorschläge, die in der Europapolitik auf dem Tisch liegen genauso wie die (Neu-)Austarierung der internationalen Beziehungen Deutschlands.



Mit großen Hoffnungen Anfang des Jahres gestartet, hat das transatlantische Verhältnis zuletzt in den Augen vieler wieder gelitten. Der Abzug der US-amerikanischen Armee aus Afghanistan mit massiven Folgen für die Menschen vor Ort aber auch für Europa haben zu massiver Kritik geführt. Auch das überraschende US-amerikanische Abkommen mit Australien und dem Vereinigten Königreich über den Kauf von U-Booten, das mit der australischen Kündigung eines bestehenden Vertrags mit Frankreich

einherging, wirft Fragen, ja Zweifel auf. Wie wird Europas Rolle in der künftigen Weltpolitik sein?

Diese Frage muss uns mehr denn je beschäftigen!

Erfreulich ist daher, dass diese Woche die erste Sitzung des zwischen der EU und den USA vereinbarten Handels- und Technologierates im amerikanischen Pittsburgh stattfand, symbolträchtig in einem zu einer Robotikfabrik umgewandelten Stahlwerk. Die Parteien vereinbarten eine stärkere Kooperation, unter anderem um Standards zu setzen – etwa für künstliche Intelligenz –, um interoperable und sichere Kommunikationsnetze zu implementieren oder um Lieferketten in Bezug auf Halbleiterchips zu sichern. Sie wollen zudem unfaire Handelspraktiken gemeinsam bekämpfen und den Komplex zunehmender Investitionen in strategische Industrien näher beleuchten.

Damit wurden aus meiner Sicht erste wichtige Meilensteine für die künftige Zusammenarbeit gelegt.

Einen Meilenstein aus der Vergangenheit feiern wir am Sonntag. Am 3. Oktober begehen wir zum 31. Mal den Tag der Deutschen Einheit. Unser Nationalfeiertag erfüllt mich jedes Jahr wieder mit großer Freude. Er erinnert mich stets an den Drang nach Freiheit, der mit dem 3. Oktober 1990 umgesetzt wurde.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 15/2021 vom 01.10.2021



Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland bringt diesen Gedanken mit Blick auf das Friedensprojekt Europa wie folgt auf den Punkt:

„Unsere Väter und Großväter zogen noch in den Krieg. Wir leben heute in dem Luxus, den europäischen Nachbarn vertrauen zu können. Ja, manchmal gibt es auch Konflikte, aber die werden am Verhandlungstisch gelöst. Ein Krieg innerhalb der EU ist unvorstellbar, Ost- und Westeuropa sind vereint. Das gemeinsame Haus Europa sichert den Frieden. Welch ein Geschenk!“

Seien wir uns dessen stets bewusst!

Ihre Melanie Huml



EDITORIAL	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....	8
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	8
Rat nimmt Schlussfolgerungen zu Afghanistan an.....	8
EUROPÄISCHES PARLAMENT	8
Rechtsstaatlichkeit in Ungarn: Europaabgeordnete treffen Regierung, NGOs und Opposition.....	8
INSTITUTIONELLES.....	9
Konferenz zur Zukunft Europas: Bürgerforen tagen in Straßburg.....	9
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN	9
Post-Brexit-Abkommen: Neuer Streit um Fischerei zwischen Paris und London	9
Westbalkan: Kommissionspräsidentin <i>von der Leyen</i> fordert Kosovo und Serbien zum Dialog auf.....	10
Transatlantisches Verhältnis: Erste Sitzung des Handels- und Technologierates von EU und USA	10
MEDIEN	11
Medienpluralismus: Projekt zur Überwachung der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich	11
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	12
COVID-19	12
Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten.....	12
ASYL UND MIGRATION	12
Kommission legt „Follow up“-Migrationspaket vor.....	12
Rat nimmt Schlussfolgerungen zu Afghanistan an.....	13
Legale Migration: Kommission fordert Deutschland auf, das neue Kartenformat für Aufenthaltstitel von Drittstaatsangehörigen zu verwenden	13
VISAPOLITIK.....	13
Staatsangehörige Kroatiens werden bald von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte in den USA befreit ..	13
FRONTEX.....	14
Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments fordert teilweises Einfrieren des Frontex-Budgets 2022.....	14
EUROPOL	14
EuG urteilt zu Schadensersatzklage gegen Europol.....	14
CYBERSICHERHEIT	15
EU verurteilt Cyberangriffe aus Russland	15
SPORT	15
Kommission startet europaweite Kampagne „HealthyLifestyle4All“	15
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	16
VERKEHRSPOLITIK	16
Informeller EU-Verkehrsministerrat zur Dekarbonisierung des Verkehrssektors.....	16



VERKEHRSINFRASTRUKTUR.....	16
Kommission startet Aufruf mit 7 Mrd. € für nachhaltige EU-Verkehrsprojekte.....	16
KLIMA.....	17
Kommission startet Wettbewerb um Preise für nachhaltige Mobilität	17
STRAßENVERKEHR.....	17
Kommission führt Befragung zur Risikobewertung von Straßenverkehrsunternehmen durch	17
STÄDTISCHE MOBILITÄT	18
Kommission veranstaltet Europäische Mobilitätswoche 2021.....	18
VERANSTALTUNGSHINWEIS.....	18
Europäische Woche der Regionen und Städte – Veranstaltung zur Harmonisierung des EU- Eisenbahnsystems.....	18
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	20
Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet: Deutschland muss bei Zugang zu Rechtsbeistand nachbessern	20
Rat ebnet Weg für länderspezifische Offenlegung von Ertragssteuerinformationen	20
Appell: Volkswagen soll alle Verbraucher in der EU entschädigen.....	20
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	22
FORSCHUNG.....	22
EU-Forschungsministerrat am 28.09.2021.....	22
Missionen unter Horizont Europa auf den Weg gebracht.....	22
Neue Erasmus+-App vorgestellt.....	23
Bekanntgabe der Gewinner des EU Contest for Young Scientists	23
Eurobarometer-Umfrage zu Wissenschaft und Technologie.....	24
Island und Norwegen erste assoziierte Drittstaaten unter Horizont Europa	24
Kollaboration zwischen dem Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und dem Europäischen Investment Fonds (EIF)	25
KULTUR.....	25
Gewinner des European Heritage Awards / Europa Nostra Awards gekürt.....	25
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	27
EZB-Präsidentin <i>Lagarde</i> geht von temporärer Steigung der Inflationsrate aus.....	27
Haushaltsausschuss möchte Ausgaben für 2022 im Vergleich zu Positionen von Rat und Kommission steigern	27
Rat und Parlaments-Ausschuss einig betreffend Nachfolge an der Spitze der ESMA.....	27
Europäischer Rechnungshof: EU fördert nachhaltige Investitionen nicht ausreichend	28



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	29
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	29
Einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets: Kommission legt Richtlinienvorschlag vor	29
Solvency-II: Kommission legt Vorschläge zur Überarbeitung der EU-Versicherungsvorschriften vor	29
Wettbewerbsfähigkeitsrat: Austausch der Industrieminister zum Fit-for-55-Paket.....	30
Kommission legt Vorschlag zur Verlängerung des Befristeten Beihilferahmens vor	30
Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Revision der EU-Arzneimittelgesetzgebung ein	31
Folgenabschätzung und Konsultation der Kommission zu kurzfristigen Vermietungen im Tourismusbereich	31
EuGH: Software-Updates in VW-Dieselfahrzeugen verstößt aus Sicht des Generalanwalts gegen Unionsrecht.....	31
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	32
Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und Europäischer Investitionsfonds (EIF) wollen Zugang zu Finanzmitteln für innovative Unternehmen verbessern.....	32
AUßENWIRTSCHAFT.....	32
Transatlantisches Verhältnis: Erste Sitzung des Handels- und Technologierates von EU und USA	32
EU und USA kündigen „Global Methane Pledge“ an	33
Handel: Neues Allgemeines Präferenzsystem der EU zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Ländern mit niedrigem Einkommen.....	33
ENERGIE	34
Kommission kündigt Leitlinien zur Unterstützung der Mitgliedstaaten gegenüber steigenden Energiepreisen an.....	34
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	35
Plastikallianz veröffentlicht neuen Fahrplan zum Recycling von 10 Mio. Tonnen Kunststoff bis 2025.....	35
Kommission fordert Deutschland auf, ein nationales Programm für die Entsorgung radioaktiver Abfälle zu erlassen	35
Kommission leitet Konsultation zu Durchführungsbeschluss hinsichtlich Abfälle von Tabakprodukten ein	36
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht 2021 zum Zustand der Luftqualität.....	36
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überprüfung der Umsetzung des EU-Umweltrechts im Jahr 2022	37
EU und USA kündigen „Global Methane Pledge“ an	37
Kommission leitet Konsultation zu Leitlinien zur Überwachung und Berichterstattung hinsichtlich Kunststoffe und anderer Meeresabfälle ein.....	38
VERBRAUCHERSCHUTZ	38
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem.....	38
Fluggesellschaften verpflichten sich zu zeitnaher Erstattung nach Flugannullierungen	39



Kommission legt Richtlinienvorschlag für einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets vor.....	39
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	41
EU-Agrar- und Lebensmittelhandel nimmt 2021 weiter zu.....	41
Kommission, Parlament und Rat: Startschuss für den „Europäischen Öko-Tag“	41
G20-Agrarministertreffen mit Agrarkommissar <i>Wojciechowski</i> in Florenz	42
Bericht der Vereinten Nationen kritisiert Agrarsubventionen.....	42
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Rechtssetzung neuer genomischer Verfahren bei Pflanzen	43
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....	44
Kommission will europäischen Rechtsrahmen gegen illegale Beschäftigung effektiver nutzen	44
Kommission sieht große Erfolge des SURE-Instruments beim Schutz von Arbeitsplätzen	44
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	45
Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Revision der EU-Arzneimittelgesetzgebung ein	45
Kommission gewährt 20 EU-Ländern Zuschüsse für den Erwerb von Corona-Tests.....	45
Sanofi stellt Entwicklung seines mRNA COVID-19-Impfstoffs ein	46
Europäische Arzneimittel-Agentur prüft Daten zur Auffrischimpfung des COVID-19-Impfstoffs Spikevax von Moderna	46
Pfizer/Biontech wollen eine Notfallzulassung für ihren COVID-19-Impfstoff für Kinder (5-11 Jahren) bei der FDA beantragen	46
Kommission startet europaweite Kampagne „HealthyLifestyle4All“	47
Kommission unterzeichnet einen Rahmenvertrag mit Eli Lilly für ein neues COVID-19- Therapeutikum.....	47
Ausschreibung für Produktionskapazitäten für Impfstoffe und Arzneimittel	48
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	49
Erste Sitzung des Handels- und Technologierates von EU und USA.....	49



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Rat nimmt Schlussfolgerungen zu Afghanistan an

Die EU-27 Minister für Europäische Angelegenheiten in der Ratsformation „Allgemeine Angelegenheiten“ haben am 21.09.2021 Schlussfolgerungen zu Afghanistan angenommen, in denen das Engagement der EU für Frieden und Stabilität im Land und für die Unterstützung der afghanischen Bevölkerung betont wird. In den Schlussfolgerungen wird auch das weitere Vorgehen der EU für die nahe Zukunft dargelegt. Die Minister betonten dabei die Notwendigkeit einer starken Koordinierung des Engagements v. a. mit den Vereinten Nationen. Das operative Engagement der EU und ihrer Mitgliedstaaten soll sorgfältig auf die Politik und die Handlungen des von den Taliban ernannten geschäftsführenden Kabinetts abgestimmt sein, diesem jedoch keine Legitimität verleihen. In diesem Zusammenhang seien die Rechte von Frauen und Mädchen von besonderer Bedeutung. Eine minimale EU-Präsenz vor Ort in Kabul, die von der Sicherheitslage abhängt, soll die Bereitstellung humanitärer Hilfe und die Überwachung der humanitären Lage erleichtern. Zudem soll eine regionale politische Plattform für die Zusammenarbeit mit den direkten Nachbarn Afghanistans eingerichtet werden.

Weitere Themen der Ratstagung waren u. a. der Sachstand der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Zusammenhang mit der Umsetzung des Protokolls über Irland/Nordirland sowie die EU-Koordinierung zu COVID-19 im Zusammenhang mit Impfungen und Reisemaßnahmen. Nach dem Start der europäischen Bürgerpanels am 17.09.2021 und im Vorfeld der Plenartagung im Oktober informierte die Ratspräsidentschaft darüber hinaus über den aktuellen Stand der Konferenz zur Zukunft Europas.

[Tagungsseite des Rates](#); [Schlussfolgerungen des Rates zu Afghanistan](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Rechtsstaatlichkeit in Ungarn: Europaabgeordnete treffen Regierung, NGOs und Opposition

Eine Delegation des Europäischen Parlaments (EP) reiste am 28.09.2021 nach Ungarn, um sich ein Bild von der Achtung der Presse- und Wissenschaftsfreiheit, den Rechten von Minderheiten und der Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen zu machen. Während ihres dreitägigen Besuchs in Budapest (29.09. – 01.10.2021) trafen die Abgeordneten die ungarische Justizministerin *Judith Varga* und den Innenminister *Sándor Pintér*. Außerdem standen Gespräche mit dem Bürgermeister von Budapest, *Gergely Karácsony*, mit Mitgliedern des ungarischen Parlaments aus verschiedenen Fraktionen und mit Vertretern der politischen Opposition auf dem Programm. Die EP-Delegation sprach auch mit Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit, die Gleichbehandlung und die Rechte von Minderheiten und sozialen Gruppen einsetzen. Darüber hinaus traf sie mit Journalisten und Vertretern von Medien, die das gesamte Medienspektrum abdecken, sowie mit Vertretern von Organisationen, die sich für die Pressefreiheit einsetzen, zusammen. Auf



der Tagesordnung der Delegation standen u. a. auch Treffen mit dem Obersten Gerichtshof und dem Verfassungsgericht, dem Nationalen Justizamt und -rat sowie mit der Richtervereinigung. Zudem führten die Abgeordneten Gespräche mit dem ungarischen Kommissar für Grundrechte, mit Vertretern der Wissenschaft und des Bildungssystems sowie mit Vertretern verschiedener kultureller Einrichtungen.

[Pressemitteilung des EP](#)

INSTITUTIONELLES

Konferenz zur Zukunft Europas: Bürgerforen tagen in Straßburg

Zwei von insgesamt vier europäischen Bürgerforen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas hielten vom 17.09. - 19.09.2021 bzw. 24.09. - 26.09.2021 in Straßburg ihre erste Sitzung ab. Die jeweils 200 Bürger befassten sich mit den Themen „Eine stärkere Wirtschaft / Soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung / Bildung, Kultur, Jugend und Sport / Digitaler Wandel“ (1. Forum) sowie „Europäische Demokratie / Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ (2. Forum) und berücksichtigten dabei die Beiträge, die bereits auf der Online-Plattform der Konferenz eingetragen wurden. Die Teilnehmenden spiegelten dabei die demografische und soziale Vielfalt der EU wider. Bis zur Abschlusssitzung der Bürgerforen werden ihre insgesamt 800 Teilnehmer Empfehlungen für die künftige Richtung, die sie für Europa wollen, formulieren, die dann wiederum auf der Plenartagung der Konferenz vorgestellt und erörtert werden. Dabei werden je 20 Vertreter der vier Foren gemeinsam mit Vertretern der EU-Organe und ihrer beratenden Einrichtungen, der nationalen Parlamente, der Sozialpartner, der Zivilgesellschaft und anderen Interessenträgern beraten. Nach der Erörterung dieser Empfehlungen im Plenum und mit den Bürgern wird die Plenarversammlung im Konsens Vorschläge an den Exekutivausschuss übermitteln, der anschließend einen Bericht erstellt. Die drei Organe – das Europäische Parlament, der Rat der EU und die Kommission – haben sich verpflichtet, zu prüfen, wie ein effektives weiteres Vorgehen im Anschluss an die Ergebnisse der Konferenz zu gestalten sein wird.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Post-Brexit-Abkommen: Neuer Streit um Fischerei zwischen Paris und London

Die französische Regierung zeigte sich am 28.09.2021 verärgert darüber, dass die britische Regierung deutlich weniger Lizenzen für Boote aus der EU zum Fischen in seinen Hoheitsgewässern stattgegeben hat als beantragt und bewertete das Vorgehen als eine erneute Weigerung der Briten, die Bedingungen des Post-Brexit-Abkommens anzuwenden. Das Abkommen sieht vor, dass europäische Fischer weiterhin in bestimmte britische Gewässer fahren können, sofern sie eine Lizenz erhalten. Diese wird ihnen erteilt, wenn sie nachweisen können, dass sie zuvor dort gefischt haben. Die Fischerei-Rechte waren einer der Knackpunkte in dem Handelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien, das seit dem 01.05.2021 vollständig in Kraft ist.



Die britische Wirtschaft sieht sich nach dem Brexit und den Auswirkungen der Corona-Pandemie darüber hinaus mit einer ganzen Reihe von Krisen konfrontiert. Hohe Energiepreise, Lieferschwierigkeiten, ein Mangel an Lastwagenfahrern und Kraftstoffen sowie eine voraussichtlich ansteigende Arbeitslosigkeit vor Weihnachten machen dem Land zu schaffen. Nun drohen eine Stagnation der Wirtschaft und eine steigende Inflation.

[Bericht von EURACTIV](#)

Westbalkan: Kommissionspräsidentin von der Leyen fordert Kosovo und Serbien zum Dialog auf

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* hat am 29.09.2021 nach einem Treffen mit dem Präsidenten Kosovos, *Albin Kurti*, das Ziel bekräftigt, dass der westliche Balkan künftig Teil der Europäischen Union werden soll. Mit Blick auf die Spannungen zwischen dem Kosovo und Serbien sei es von entscheidender Bedeutung, dass sich die Beziehungen normalisierten. Der einzige Weg, um die derzeitige Krise zu lösen, sei die von der EU geförderte Dialogplattform, so die Kommissionspräsidentin. Gleichzeitig betonte *Ursula von der Leyen*, es sei noch ein langer Weg zu gehen, bis der Kosovo Teil der EU werde. Es gebe etwa noch weitere Arbeit bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Dennoch seien bereits viele Fortschritte gemacht worden. Auch im Kampf gegen die Pandemie seien die gemeinsamen Prioritäten klar: die Impfung im Kosovo zu beschleunigen und einen dauerhaften, nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten.

Im Rahmen der Westbalkan-Konferenz, die am 06.10.2021 in Slowenien stattfindet, und bei der sich die Führungsspitzen der 27 Mitgliedstaaten der EU und der sechs Partnerländer im Balkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Republik Nordmazedonien und Kosovo) treffen, wird eine Erklärung erwartet, welche die europäische Perspektive für den Westbalkan – getragen von einem gemeinsamen strategischen Interesse – bekräftigt und die Felder einer noch engeren Zusammenarbeit inhaltlich absteckt.

[Erklärung von Kommissionspräsidentin von der Leyen anlässlich ihres Besuchs im Kosovo](#) (in englischer Sprache)

Transatlantisches Verhältnis: Erste Sitzung des Handels- und Technologierates von EU und USA

Am 29.09.2021 fand die erste Sitzung des im Juni angekündigten Handels- und Technologierates zwischen den USA und der EU in Pittsburgh statt. Das Treffen war zwischenzeitlich aufgrund der Verstimmung des französisch-amerikanischen Verhältnisses in Folge des U-Boot-Abkommens mit Australien auf der Kippe gestanden. Im Beisein von US-Außenminister *Blinken* vereinbarten die Parteien (auf EU-Seite vertreten durch die Exekutiven Vizepräsidenten *Dombrovskis* und *Vestager*) eine stärkere Kooperation, u. a. um Standards zu setzen – etwa für künstliche Intelligenz –, um Lieferketten in Bezug auf Halbleiterchips zu sichern oder um interoperable und sichere Kommunikationsnetze zu implementieren. Auch zum Thema Datenschutz soll ein vermehrter Austausch stattfinden. Die Parteien wollen zudem unfaire Handelspraktiken gemeinsam bekämpfen und den Komplex zunehmender Investitionen in strategische Industrien näher beleuchten.



Das nächste Treffen des Rates soll im Frühjahr 2022 während der französischen Ratspräsidentschaft stattfinden.

[Artikel in Politico](#) (in englischer Sprache)

MEDIEN

Medienpluralismus: Projekt zur Überwachung der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich

Die Kommission hat am 27.09.2021 den Startschuss für das EU-geförderte Projekt „Euromedia Ownership Monitor“ gegeben, im Rahmen dessen eine länderbasierte Datenbank mit Informationen über die Eigentumsverhältnisse im Medienbereich erstellt werden soll, die u. a. rechtliche Rahmenbedingungen systematisch bewerten und mögliche Risiken für die Transparenz der Eigentumsverhältnisse ermitteln soll. Koordiniert wird das Projekt von der Paris Lodron Universität Salzburg. Das neue Instrument soll damit auch als Grundlage für politische und regulatorische Bewertungen und Initiativen zur Förderung von Medienfreiheit und -pluralismus – wie im Europäischen Aktionsplan für Demokratie dargelegt – dienen. Das Projekt wird von der EU mit 1 Mio. € unterstützt und läuft bis September 2022.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

COVID-19

Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten

Der Rat hat am 23.09.2021 erneut die Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten turnusgemäß überarbeitet. Chile, Kuwait und Ruanda wurden der Liste hinzugefügt, Bosnien und Herzegowina sowie Moldau von der Liste entfernt. Eine Einreise in die EU auch aus nicht unbedingt notwendigen Gründen soll daher künftig aus folgenden Drittstaaten/Sonderverwaltungszone erlaubt sein: Australien, Kanada, Chile, Jordanien, Kuwait, Neuseeland, Katar, Ruanda, Saudi-Arabien, Singapur, Südkorea, Ukraine, Uruguay, China (vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit), Hongkong, Macau sowie Taiwan.

[Pressemitteilung des Rates vom 23.09.2021](#)

ASYL UND MIGRATION

Kommission legt „Follow up“-Migrationspaket vor

Die Kommission hat am 29.09.2021 – unter Federführung der Kommissare *Schinus* und *Johansson* und ein Jahr nach Vorlage des neuen Asyl- und Migrationspakts vom 23.09.2020 – ein „Follow up“-Migrationspaket vorgelegt, bestehend aus:

1. Einem Bericht zu aktuellen Entwicklungen im Bereich Migration und Asyl: darin wird u. a. eine Bilanz der Fortschritte und wichtigsten Entwicklungen in der Migrations- und Asylpolitik der vergangenen anderthalb Jahre gezogen, außerdem enthält er einen Überblick über den aktuellen Stand der Migrationsbewegungen sowie eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen der Pandemie.
2. Einem erneuerten EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten für die Jahre 2021-2025: Als Neuerung ist darin insbesondere die Herausforderung der staatlichen Instrumentalisierung von Migranten zu politischen Zwecken aufgegriffen worden. In diesem Zusammenhang schlug die Kommission zeitgleich die teilweise Aussetzung des Visae erleichterungsabkommens zwischen der EU und Belarus für Amtsträger des belarussischen Regimes vor.
3. Einer Mitteilung zur Anwendung der Richtlinie über Sanktionen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen: Sie bietet schon jetzt einen Rechtsrahmen zur Verhinderung der illegalen Beschäftigung irregulärer Migranten, mit der Mitteilung werden jedoch insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung der Richtlinie vorgeschlagen.

[Pressemitteilung der Kommission zum "Follow up"-Migrationspaket vom 29.09.2021](#)

[Pressemitteilung der Kommission zur teilweisen Aussetzung des Visae erleichterungsabkommens zwischen der EU und Belarus vom 29.09.2021](#)



Rat nimmt Schlussfolgerungen zu Afghanistan an

Der Rat hat am 21.09.2021 Schlussfolgerungen zu Afghanistan angenommen, in denen auf möglicherweise tiefgreifende negative Auswirkungen der Lage in Afghanistan auf die regionale Stabilität, die Bekämpfung des Terrorismus, des Drogen- und Menschenhandels, der organisierten Kriminalität sowie auf die Bemühungen um die Verhinderung illegaler Migration hingewiesen wird. Als besonders bedenklich wird die Situation in Bezug auf die Rechte von Frauen und Mädchen beschrieben. Eine Minimalvertretung der EU vor Ort in Kabul – in Abhängigkeit von der Sicherheitslage – soll die Bereitstellung humanitärer Hilfe erleichtern. Darüber hinaus soll eine regionale politische Plattform für die Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarn Afghanistans eingerichtet werden (siehe hierzu auch Beitrag unter Politische Schwerpunkte in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates vom 21.09.2021](#)

[Schlussfolgerungen des Rates zu Afghanistan](#)

Legale Migration: Kommission fordert Deutschland auf, das neue Kartenformat für Aufenthaltstitel von Drittstaatsangehörigen zu verwenden

Die Kommission hat am 23.09.2021 im Wege eines Vertragsverletzungsverfahrens Aufforderungsschreiben an Deutschland und Bulgarien übermittelt, weil sie das neue Kartenformat für Aufenthaltstitel von Drittstaatsangehörigen nicht bzw. nicht ordnungsgemäß umgesetzt haben. Deutschland stellt in bestimmten Fällen noch immer Blaue Karten EU und Karten für unternehmensinterne Transfers in Aufkleberform aus; der Aufkleber enthält keine Gesichtserkennungs- oder Fingerabdruckdaten und erschwert die Überprüfung der Identität des Inhabers. Die beiden Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit, auf die Argumente der Kommission zu reagieren. Andernfalls kann die Kommission beschließen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.

[Vertragsverletzungsverfahren im September: wichtigste Beschlüsse](#)

VISAPOLITIK

Staatsangehörige Kroatiens werden bald von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte in den USA befreit

Am 28.09.2021 benannte US-Innenminister *Mayorkas* Kroatien als neuen Teilnehmer am „Visa Waiver Program“. Bis zum 01.12.2021 soll das elektronische Reisegenehmigungssystem ESTA aktualisiert werden, sodass kroatische Staatsangehörige zu touristischen oder geschäftlichen Zwecken für bis zu 90 Tage in die USA reisen können, ohne ein US-Visum beantragen zu müssen. *Mayorkas* hatte bereits anlässlich des EU-USA Ministertreffens zu Justiz und Sicherheit am 22.06.2021 angedeutet, die Gespräche mit Kroatien hinsichtlich der gegenseitigen Gewährung von Visafreiheit seien weit fortgeschritten (EB 12/21).

[Pressemitteilung des US Department of Homeland Security vom 28.09.2021](#) (in englischer Sprache)



FRONTEX

Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments fordert teilweises Einfrieren des Frontex-Budgets 2022

Der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments (EP) hat am 27.09.2021 – auch unter Bezugnahme auf den Abschlussbericht der Frontex Scrutiny Working Group des EP zu den Vorwürfen illegaler pushbacks vom 15.07.2021 (EB 13/21) – empfohlen, Frontex nunmehr die Haushaltsentlastung für das Jahr 2019 zu erteilen. Diese Entlastung war Frontex zunächst verweigert worden (EB 06/21). Dennoch weist der Ausschuss auf weiterhin verbleibende Probleme u. a. in den Bereichen Personaleinstellung und Finanzmanagement hin. Er fordert daher, einen Teil des Frontex-Budgets für das Jahr 2022 einzufrieren und erst dann zur Verfügung zu stellen, wenn Frontex 20 noch fehlende Grundrechtsüberwacher („fundamental rights monitors“) eingestellt, einen Mechanismus zur Meldung schwerwiegender Vorfälle an den EU-Außengrenzen sowie ein funktionierendes Grundrechtsüberwachungssystem eingerichtet hat. Die Forderung des Haushaltskontrollausschusses bedarf noch der Zustimmung des Plenums des EP.

[Pressemitteilung des EP vom 27.09.2021](#) (in englischer Sprache)

EUROPOL

EuG urteilt zu Schadensersatzklage gegen Europol

In der Rechtssache T-528/20 betreffend eine Schadensersatzklage gegen Europol hat das Gericht der Europäischen Union (EuG) am 29.09.2021 das Urteil erlassen. Dem liegt der Sachverhalt umfangreicher Ermittlungen durch die slowakischen Behörden nach der Ermordung eines slowakischen Journalisten und dessen Verlobter im Februar 2018 in der Slowakei zugrunde. Im Rahmen dieser Ermittlungen sicherte Europol auf Ersuchen der slowakischen Behörden u. a. Daten, die auf den mutmaßlich dem Kläger gehörenden Mobiltelefonen gespeichert waren. Später tauchten in der slowakischen Presse und im Internet Transkripte von privaten Gesprächen, die von den fraglichen Mobiltelefonen stammten, auf. Mit seiner Klage beantragte der Kläger, Europol zur Zahlung eines Betrags von 100.000 € als Ersatz des immateriellen Schadens zu verurteilen, der ihm u. a. durch die Verletzung seiner Ehre, seines beruflichen Ansehens und seines Rechts auf Privat- und Familienleben entstanden sei. In seinem Urteil weist das Gericht grundsätzlich darauf hin, dass die außervertragliche Haftung der Union für Schäden, die von ihren Agenturen wie Europol verursacht worden sein sollen, von der Erfüllung dreier kumulativer Voraussetzungen abhängt, nämlich

1. der Rechtswidrigkeit des der Agentur vorgeworfenen Verhaltens,
2. dem tatsächlichen Vorliegen eines Schadens, sowie
3. dem Bestehen eines Kausalzusammenhangs zwischen diesem Verhalten und dem geltend gemachten Schaden.



Im konkreten Fall gelangte das Gericht zu der Erkenntnis, dass mangels Beweisen nicht davon ausgegangen werden könne, dass die Weitergabe der fraglichen Transkripte Europol zuzurechnen sei, sodass kein hinreichend nachgewiesener Kausalzusammenhang zwischen behauptetem Schaden und etwaigem Verhalten der Agentur bestehe.

[Pressemitteilung des EuG vom 29.09.2021](#)

CYBERSICHERHEIT

EU verurteilt Cyberangriffe aus Russland

In einer am 24.09.2021 veröffentlichten Erklärung des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, *Josep Borrell*, hat die EU bösartige Cyberaktivitäten verurteilt, die mit Russland in Verbindung gebracht werden. Danach haben mehrere EU-Mitgliedstaaten unter der Sammelbezeichnung „Ghostwriter“ erfasste Cyberaktivitäten beobachtet, die sich gegen zahlreiche Mitglieder von Parlamenten, Regierungsbeamtinnen und -beamte, Politikerinnen und Politiker sowie Angehörige der Presse und der Zivilgesellschaft in der EU richten, indem sie auf Computersysteme und persönliche Konten zugreifen und Daten abgreifen. Die Russische Föderation wird in der Erklärung nachdrücklich aufgefordert, sich an die Normen für verantwortungsvolles Verhalten der Staaten im Cyberraum zu halten. Die EU behält sich weitere Schritte vor.

[Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der EU vom 24.09.2021](#)

SPORT

Kommission startet europaweite Kampagne „HealthyLifestyle4All“

Die Kommission hat am 23.09.2021 die Kampagne „HealthyLifestyle4All“ eingeleitet, mit der eine gesunde Lebensweise für alle Generationen und sozialen Gruppen gefördert werden soll (EB 09/21). Die Kampagne läuft über zwei Jahre und verfolgt u. a. das Ziel, den Zugang zu Sport und körperlicher Betätigung zu erleichtern, mit Schwerpunkt auf Inklusion und Nichtdiskriminierung. Interessierte Organisationen können sich in eine Online-Liste eintragen und Zusagen für konkrete Maßnahmen machen. Verschiedene EU-Länder und Organisationen, zum Beispiel das internationale und das europäische Olympische Komitee, die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA), die Internationale Schulsport-Föderation, die Fédération Internationale de Football Association (FIFA) und die Union der europäischen Fußballverbände (UEFA) sowie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben bereits Zusicherungen gemacht. Für den Zeitraum 2021-2027 werden für Maßnahmen im Bereich Sport unter Erasmus+ 470 Mio. € bereitgestellt. Außerdem soll eine neue Auszeichnung – der „#BeActive Across Generations Award“ – geschaffen werden, um die Bedeutung des Sports in verschiedenen Altersgruppen anzuerkennen (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission vom 24.09.2021](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

VERKEHRSPOLITIK

Informeller EU-Verkehrsministerrat zur Dekarbonisierung des Verkehrssektors

Am 22./23.09.2021 fand eine informelle Tagung der EU-Verkehrs- und Energieministerinnen und -minister zur Dekarbonisierung des Verkehrs- und Energiesektors in Brdo (Slowenien) statt (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Im Mittelpunkt standen u. a. die Energieeinsparziele der EU und die Förderung der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe. Der letzte informelle EU-Verkehrsministerrat trat am 30.03.2021 zur Stärkung des Schienenverkehrs zusammen (EB 07/21).

Die Minister diskutierten die Vorschläge der Kommission zur Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) und der Energie-Effizienz-Richtlinie (EED) aus dem Gesetzespaket „Fit-for-55“ (EB 13/21). Durch RED II sollen u. a. Maßnahmen im Bereich Heizen und Kühlen gestärkt und neue Bestimmungen für Gebäude und die Industrie erlassen werden. Zur Erreichung der höheren Einsparziele beim Energieverbrauch unter EED sollen Quoten für jeden Mitgliedstaat berechnet werden, die auch deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Daneben wurden die Ursachen für steigende Energiepreise diskutiert.

Zudem wurde der Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur in der EU diskutiert. Die Kommission hatte ihren Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFID) ebenfalls im Rahmen von „Fit-for-55“ vorgelegt (EB 13/21). Die Diskussion ergab, dass der Verkehrs- und Energiesektor stärker zusammenarbeiten müssten. Bei der Einführung von Massen-E-Mobilität spielen Investitionen sowohl in die Ladeinfrastruktur als auch die Energienetze eine zentrale Rolle. Gleichzeitig betonten die Minister erneut, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten und die Anbindung des ländlichen Raums berücksichtigt werden müssen. Zudem gelte es benutzerfreundliche Lösungen, wie einheitliche Zahlungsmöglichkeiten und Preistransparenz, zu entwickeln. Die Kommission hat einen entsprechenden Projektauftrag unter der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) gestartet (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

Die nächste formelle Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie (TTE) findet am 09.12.2021 zum „Fit-for-55“-Gesetzespaket statt.

[Pressemitteilung der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft \(22.09.2021\)](#)

[Pressemitteilung der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft \(23.09.2021\)](#)

VERKEHRINFRASTRUKTUR

Kommission startet Aufruf mit 7 Mrd. € für nachhaltige EU-Verkehrsprojekte

Am 16.09.2021 hat die Kommission einen Projektauftrag bis zum 19.01.2022 im Rahmen der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) im Wert von 7 Mrd. € zur Entwicklung eines nachhaltigen, intelligenten und



widerstandsfähigen Verkehrsnetzes in der EU gestartet. Bereits am 15.07.2021 hatte die Kommission 68 Studien zur Vorbereitung von Verkehrsprojekten mit über 242 Mio. € gefördert (EB 14/21). Im Mittelpunkt steht der Aufbau eines multimodalen Verkehrssystems für den Personen- und Güterverkehr. Rund 5,2 Mrd. € sollen für Infrastrukturprojekte im Rahmen der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V), z. B. Bahn-Straßen-Terminals und multimodale Logistikplattformen, zur Verfügung gestellt werden. Daneben werden rund 1,6 Mrd. € für den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, einschließlich der Schnelllade- und Wasserstoffbetankungsinfrastruktur, verwendet. Darüber hinaus fließen 330 Mio. € in die Umsetzung der doppelten Nutzung von ziviler und militärischer Infrastruktur. Die Projektvorschläge werden von der EU-Agentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) im ersten Quartal 2022 zur Förderung ausgewählt.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Projektseite von CINEA](#) (in englischer Sprache)

KLIMA

Kommission startet Wettbewerb um Preise für nachhaltige Mobilität

Bis zum 31.10.2021 können sich Kommunen um den Preis für nachhaltige urbane Mobilitätsplanung (SUMP Award) und den Preis für städtische Straßenverkehrssicherheit (EU Urban Road Safety Award) bewerben. Der SUMP Award steht in diesem Jahr unter dem Motto „sicher und gesund durch nachhaltige Mobilität“. Prämiert werden kommunale Pläne für nachhaltige städtische Mobilität, die eine Vorbildfunktion für andere Städte in der EU haben können. Daneben werden mit dem Straßenverkehrssicherheitspreis kommunale Vorzeigebispiele zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr gesucht. Diese können etwa Maßnahmen zum Infrastrukturausbau oder zur Geschwindigkeitsreduzierung umfassen. Die Bewerbung erfolgt in englischer Sprache und verlangt einen Ansprechpartner in der teilnehmenden lokalen Behörde. Die Gewinner werden voraussichtlich im März/April 2022 bekanntgegeben.

[Veröffentlichung des SUMP Awards](#) (in englischer Sprache)

[Veröffentlichung des Straßenverkehrssicherheitspreises](#) (in englischer Sprache)

STRAßENVERKEHR

Kommission führt Befragung zur Risikobewertung von Straßenverkehrsunternehmen durch

Bis zum 18.10.2021 führt die Kommission eine öffentliche Befragung zur Durchführungsverordnung zur Harmonisierung der Risikobewertung von Straßenverkehrsunternehmen durch. Die gemeinsame Formel für die Bewertung der Risiken durch die nationalen Behörden soll die Schwere, Anzahl und Häufigkeit von Verstößen der Unternehmen umfassen.

Die Kommission möchte die verschiedenen nationalen Ansätze weiter harmonisieren, um zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit, der Arbeitsbedingungen für die Lkw-Fahrer und des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen beizutragen.



Eine Annahme durch die Kommission könnte bis Ende des Jahres erfolgen.

[Befragung der Kommission](#)

STÄDTISCHE MOBILITÄT

Kommission veranstaltet Europäische Mobilitätswoche 2021

Vom 16. - 22.09.2021 hat die Kommission die Europäische Mobilitätswoche 2021 zur Förderung eines sicheren, sauberen und nachhaltigen Stadtverkehrs veranstaltet. Rund 3.000 Städte aus 50 Ländern haben sich an der Kampagne zur Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel beteiligt. Anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens wurde ein virtuelles Museum zur Europäischen Mobilitätswoche eröffnet. Ziel ist es, das Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger zugunsten aktiver Mobilität, der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und anderer sauberer und intelligenter Verkehrslösungen zu ändern.

Aus Deutschland beteiligten sich 128 Städte, darunter 16 Kommunen aus Bayern. Beispiele waren die „Zu Fuß zur Schule“-Aktion von Amberg, die Radio-Themenwoche des Landkreises Garmisch-Partenkirchen und der einwöchige Fotowettbewerb von Bergkirchen und Gröbenzell. Die Städte Würzburg und Puchheim stellten den sportlichen Aspekt von Fortbewegung in den Mittelpunkt und Bamberg, Ebern, Fürstenfeldbruck, Gersthofen, Fürth, Karlstadt, Schweinfurt und Straubing hoben die Bedeutung des Fahrrads als umweltfreundliches Verkehrsmittel hervor. Lindau thematisierte die Bedeutung einer klimaneutralen Lieferlogistik für den Stadtverkehr. Im Landkreis Berchtesgadener Land wurden ÖPNV-Stammkunden mit einem bundesweiten Abo-Upgrade belohnt.

Die Bewerbungsfrist für Kommunen für den Europäischen Preis für urbane Straßenverkehrssicherheit (EU Urban Road Safety Award), den Preis für nachhaltige städtische Mobilitätsplanung (SUMP Award) und den Preis der EUROPEANMOBILITYWEEK geht noch bis zum 31.10.2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Hintergrundinformationen zu den Mobilitätspreisen](#) (in englischer Sprache)

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Europäische Woche der Regionen und Städte – Veranstaltung zur Harmonisierung des EU-Eisenbahnsystems

Vom 11. - 14.10.2021 findet die 19. Europäische Woche der Regionen und Städte statt. Kommission und Ausschuss der Regionen (AdR) laden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu virtuellen Veranstaltungen unter dem Motto „Zusammen für den Wiederaufschwung“ ein. Schwerpunkte bilden die Themen „Grüner Wandel“, „Kohäsion und Kooperation“, „Digitale Transformation“ und „Bürgerbeteiligungen“. Das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr beteiligt sich am 13.10.2021 um 11.30 Uhr an einer virtuellen



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 15/2021 vom 01.10.2021



Veranstaltung zur Harmonisierung des Europäischen Eisenbahnsystems im Einklang mit den Zielen des Green Deals und der Digitalen Transformation. Anmeldungen sind ab sofort auf der Internetseite des AdR möglich.

[Europäische Woche der Regionen und Städte](#) (in englischer Sprache)

[Veranstaltung zur Harmonisierung des EU-Eisenbahnsystems](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet: Deutschland muss bei Zugang zu Rechtsbeistand nachbessern

Die Kommission startete gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelnder Umsetzung bei dem Zugang zu einem Rechtsbeistand sowie dem Recht auf Benachrichtigung eines Dritten bei Freiheitsentzug. Am 23.09.2021 übersandte sie ein entsprechendes Aufforderungsschreiben. Neben Deutschland gingen Aufforderungsschreiben auch an Belgien, Tschechien und Frankreich. Die Kommission ist der Auffassung, dass diese vier Mitgliedstaaten die Richtlinie über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand und über das Recht auf Benachrichtigung eines Dritten bei Freiheitsentzug (Richtlinie 2013/48/EU) nicht ordnungsgemäß umgesetzt haben. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit zu reagieren und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Andernfalls kann die Kommission beschließen, den nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten und eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln. Im Anschluss wäre die Anrufung des EuGH möglich.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Rat ebnet Weg für länderspezifische Offenlegung von Ertragssteuerinformationen

Am 28.09.2021 nahm der Rat seinen Standpunkt zum Richtlinienvorschlag über die Offenlegung von Ertragssteuerinformationen (Country by Country Reporting on Taxes) an. Am 01.06.2021 hatten Rat und Europäisches Parlament (EP) dazu eine vorläufige politische Einigung erzielt. Damit ist der Weg für eine endgültige Annahme des Rechtsaktes geebnet. Es fehlt noch die förmliche Annahme durch das EP, bevor der Rechtsakt in Kraft treten kann. Danach haben die Mitgliedstaaten 18 Monate Zeit, die Richtlinie umzusetzen. Der Vorschlag verpflichtet Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Mio. € pro Jahr zur Erstellung und Offenlegung eines länderspezifischen Ertragsteuerberichts. Die Offenlegung sensibler Informationen kann jedoch für maximal fünf Jahre verweigert werden. Insgesamt acht Mitgliedstaaten (Kroatien, Ungarn, Zypern, Schweden, Tschechien, Irland, Luxemburg und Malta) erklärten in Protokollerklärungen, dass sie das Ziel der Steuertransparenz teilen, die von der Kommission gewählte Rechtsgrundlage (Art. 50 AEUV) jedoch für unzutreffend hielten. Der Vorschlag habe einen steuerrechtlichen Schwerpunkt, daher sei Artikel 115 AEUV die richtige Rechtsgrundlage – die Einstimmigkeit erfordern würde.

[Presseerklärung des Rates](#)

Appell: Volkswagen soll alle Verbraucher in der EU entschädigen

Die Kommission und die nationalen Verbraucherschutzbehörden forderten Volkswagen am 28.09.2021 auf, auch die vom Diesel-Skandal betroffenen Verbraucher außerhalb Deutschlands zu entschädigen. In einer Erklärung des Netzwerks für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC) wird zwar begrüßt, dass sich



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 15/2021 vom 01.10.2021



Volkswagen bereit erklärt hatte, Verbraucher zu entschädigen, die zum Zeitpunkt des Autokaufs ihren Wohnsitz in Deutschland hatten. Jedoch müssten auch die Verbraucher außerhalb Deutschlands entschädigt werden. Justizkommissar *Reynders* forderte Volkswagen ebenfalls auf, nicht länger auf Zeit zu spielen und den Ausgang weiterer Schadensersatzprozesse in den EU-Mitgliedstaaten abzuwarten.

[Presseerklärung der Kommission](#)

[Erklärung von CPC](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

FORSCHUNG

EU-Forschungsministerrat am 28.09.2021

Am 28.09.2021 kamen die EU-Forschungsministerinnen und -minister in Brüssel zu einer Ratstagung zusammen. Im Mittelpunkt stand dabei eine Orientierungsaussprache zur Governance und Umsetzung des Europäischen Forschungsraumes. Bei dem Gedankenaustausch wurde einhellig die herausragende Rolle von Forschung und Innovation für die Bewältigung der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, insbesondere des digitalen und grünen Wandels, betont. Insofern wird die Reform des EFR im Sinne einer besseren Verknüpfung der Stärken öffentlicher Einrichtungen, Regierungen und Stakeholdern unterstützt. Verwiesen wurde dabei auf die Notwendigkeit moderner, effizienter und vereinfachter Verwaltungsstrukturen und eines Monitoring-Systems, um die Fortschritte adäquat bewerten zu können.

Des Weiteren hat die Ministerrunde Ratsschlussfolgerungen zum globalen Konzept für Forschung und Innovation – Europas Strategie für internationale Zusammenarbeit in einer sich verändernden Welt – verabschiedet. Darin zeigen die Ministerinnen und Minister die wichtigsten Maßnahmen zur Stärkung der globalen Rolle der EU in Forschung und Innovation auf. Ziel ist es, auf der einen Seite größtmöglich offen für internationale Kooperationen zu sein, auf der anderen Seite allerdings auf die strategische Autonomie der EU sowie die Einhaltung von grundlegenden Werten, wie der Wissenschaftsfreiheit und der Gleichstellung der Geschlechter, zu pochen. „So offen wie möglich und so geschlossen wie nötig“ wird insofern als Leitlinie der internationalen Zusammenarbeit ausgegeben.

[Tagungsseite des Rates](#)

[Pressemitteilung des Rates zur Annahme der Ratsschlussfolgerungen](#)

[Ratsschlussfolgerungen im Wortlaut](#)

Missionen unter Horizont Europa auf den Weg gebracht

Am 29.09.2021 hat die Kommission eine Mitteilung zu den Missionen unter Horizont Europa veröffentlicht und damit die Phase der vollen Umsetzung gestartet. Mit den Missionen wurde unter Horizont Europa ein neues Instrumentarium geschaffen, mit dem in einem kollaborativen und interdisziplinären Ansatz Lösungen für die drängendsten Herausforderungen der Gesellschaft innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens entwickelt werden sollen. Im Mittelpunkt stehen dabei Forschung und Innovation, doch der Umfang wird weit über konkrete Forschungsprojekte und Sektoren hinausgehen. Missionen sollen insbesondere öffentliche und private Akteure (EU-Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, Forschungseinrichtungen, Unternehmer und Investoren) mobilisieren und aktivieren, eine echte und dauerhafte Wirkung zu erzielen. Ein wesentliches Element der Missionen wird schließlich die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sein, mit der die gesellschaftliche Akzeptanz neuer Lösungen und Ansätze gesteigert werden soll.



Es sind fünf Missionen zu folgenden Themen vorgesehen, die bis 2030 Lösungen für die jeweiligen Herausforderungen entwickeln sollen:

1. Anpassung an den Klimawandel: mindestens 150 europäische Regionen und Gemeinschaften sollen bei ihren Anstrengungen unterstützt werden, bis 2030 klimaresilient zu werden;
2. Krebs: mithilfe des europäischen Plans zur Krebsbekämpfung soll die Lebensqualität von mehr als 3 Millionen Menschen bis 2030 durch Prävention, Heilung und Lösungen erhöht werden;
3. Ozeane und Gewässer bis 2030 wiederbeleben;
4. 100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030;
5. Ein „Boden-Deal“ für Europa: 100 „Living Labs“ und sogenannte Leuchtturmbetriebe für die Gesundung der Böden bis 2030.

Aus Horizont Europa wird bis 2023 eine Anschubfinanzierung von bis zu 1,9 Mrd. € zur Verfügung gestellt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten zu den Missionen](#)

[Mitteilung der Kommission im Volltext](#) (in englischer Sprache)

Neue Erasmus+-App vorgestellt

Am 21.09.2021 hat die Kommission die neue überarbeitete App für Erasmus+ vorgestellt. Mit dieser soll die Digitalisierung des europäischen Studierendenaustauschprogramms weiter vorangetrieben werden. Die App soll die zentrale Anlaufstelle für Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden, mit der sie Informationen über die Möglichkeiten von Erasmus+ erhalten können. Außerdem führt sie durch die Prozesse rund um das Thema Mobilität und bietet Zugang zu Informationen und Dienstleistungen.

Die Erasmus+-App wurde bereits im Jahre 2017 im Rahmen der Kampagne „30 Jahre Erasmus“ ins Leben gerufen und wird nunmehr im Rahmen der Initiative für einen europäischen Studierendenausweis erweitert.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite zur App](#) (in englischer Sprache)

[Initiative für einen europäischen Studierendenausweis](#)

Bekanntgabe der Gewinner des EU Contest for Young Scientists

Am 19.09.2021 wurden aus 158 Teilnehmern die Gewinner des 32. EU Contest for Young Scientists gekürt. Die jungen Wettbewerber zwischen 14 und 20 Jahren stammen aus 34 Ländern und wurden online zu dem zweitägigen Event zugeschaltet. Da wegen der Corona-Pandemie der Wettbewerb im vergangenen Jahr ausfallen musste, wurden die Preise für die Jahre 2020 und 2021 zugleich vergeben.



Bei den vier ersten Gewinnern aus dem Jahr 2021 ist ein deutsches Projekt dabei. Der siebzehnjährige *Marik Müller* entwickelte ein Enzym, das die schädliche Wirkung des in der Landwirtschaft und Fischerei verwendeten Antibiotikums Florfenicol aufhebt, um so zu vermeiden, dass sich dadurch multiresistente Keime in Böden und Gewässern bilden können. Für diese Methode erhält er ein Preisgeld in Höhe von 7.000 €.

Durch den EU Contest for Young Scientists sollen die neuen Talente eine Möglichkeit erhalten, ihr Können zu zeigen und sich sowohl mit anderen jungen Forschern als auch renommierten Wissenschaftlern auszutauschen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Gesamtliste der Preisträger](#) (in englischer Sprache)

Eurobarometer-Umfrage zu Wissenschaft und Technologie

In der am 23.09.2021 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage zu Wissenschaft und Technologie zeigt sich, dass diese einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung einnehmen, aber auch einige Aspekte kritisch gesehen werden. Insgesamt nahmen 37.103 Personen aus 38 Ländern teil. Dabei wird dem Einfluss von Wissenschaft und Technologie sowohl auf unser aktuelles als auch auf unser zukünftiges Leben von 86 % der EU-Bürger ein positives Zeugnis ausgestellt. Vor allem werden Erwartungen an Technologien wie Solarenergie, Impfstoffe und Technologien zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten und künstliche Intelligenz gestellt. Auch der Anteil der Bürger mit außerordentlichem Interesse an Wissenschaft und Technologie ist in den letzten Jahren auf 82 % gestiegen.

Allerdings haben sich auch Problemfelder aufgezeigt, z. B. das Empfinden, dass gesellschaftliche und geschlechterspezifische Diskrepanzen in der Wissenschaft und Forschung bestehen. Auch ist die Meinung vorherrschend, dass Europa im internationalen Vergleich hinter Nationen wie China, den USA und Japan zurückbleibt.

Von Wissenschaftlern hat der Großteil der Bevölkerung ein positives Bild, fordert sogar, dass diese mehr Einfluss in politischen Diskussionen nehmen sollten (68 %). Von der Regierung wird erwartet, dass diese sicherstellt, dass alle an neuen Entwicklungen teilhaben können (72 %) und private Unternehmen den Klimawandel bekämpfen (79 %).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite von Eurobarometer mit Details zu der Umfrage](#) (in englischer Sprache)

Island und Norwegen erste assoziierte Drittstaaten unter Horizont Europa

Seit dem 24.09.2021 sind Island und Norwegen durch eine Entscheidung des gemeinsamen Komitees des Europäischen Wirtschaftsraums die ersten Drittstaaten, die formal zum Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa assoziiert sind. Die beiden Länder unterliegen in dem Programm damit den gleichen Bedingungen wie EU-Mitgliedstaaten.



Vor allem in den Bereichen Digitalisierung und Umwelt werden wichtige weitere Fortschritte durch die Zusammenarbeit erwartet. Island und Norwegen waren bereits im Rahmen von Horizont 2020 stark bei diesen Themen gewesen. Auch in der Vergangenheit gab es bereits eine vielfältige, erfolgreiche Zusammenarbeit.

Die Assoziierung wird noch mit einer ganzen Reihe weiterer Drittstaaten angestrebt. In sehr vielen Fällen, insbesondere mit potentiellen Beitrittskandidaten und einigen Ländern der Nachbarschaftspolitik, sind die Verhandlungen auch bereits abgeschlossen bzw. stehen kurz vor dem Abschluss. Mit dem Vereinigten Königreich ist ebenfalls eine Assoziierung im Handels- und Kooperationsabkommen vom 24.12.2020 vorgesehen. Die letzten formalen Schritte zur Inkraftsetzung sollen so bald wie möglich vollzogen werden. Mit der Schweiz allerdings liegen die Verhandlungen wegen des Scheiterns des Rahmenabkommens derzeit auf Eis.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Informationen der Kommission zum Verhandlungsstand mit Drittstaaten](#) (in englischer Sprache)

Kollaboration zwischen dem Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und dem Europäischen Investment Fonds (EIF)

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und der Europäische Investment Fonds (EIF) haben ein Memorandum of Understanding unterzeichnet, in dem sie ihre Zusammenarbeit bekräftigen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Der EIF kollaborierte bereits mit einzelnen Innovationsgemeinschaften des EIT, dem EIT Health und dem EIT Digital. Nun wird die Zusammenarbeit ausgeweitet und der gegenseitige Informationsfluss gestärkt, um den Weg für neue Innovationen zu bereiten. Finanzierungs- und Innovationsmöglichkeiten für Investitionen in mittelständische Unternehmen, Start-Ups und Technologien, die den grünen und digitalen Wandel voranbringen, sollen ausgetauscht werden.

[Informationen des EIT](#) (in englischer Sprache)

KULTUR

Gewinner des European Heritage Awards / Europa Nostra Awards gekürt

Als Teil des European Cultural Heritage Summit in Venedig wurden am 23.09.2021 die Gewinner der Grand Prix sowie des Public Choice Awards des European Heritage Awards/Europa Nostra Awards ausgezeichnet. Bereits im Mai 2021 (EB 10/21) wurden 24 Gewinner aus 18 Ländern bekanntgegeben.

Aus diesen erfolgreichen Projekten wurden nunmehr vier ausgewählt, die den mit je 10.000 € dotierten Grand Prix erhalten. Außerdem wurde der Public Choice Award vergeben, über den alle Bürgerinnen und Bürger in den letzten Monaten abstimmen konnten. Dabei konnte die Restaurierung einer hölzernen Kirche aus Rumänien besonders überzeugen. Das Projekt erhielt sowohl einen Grand Prix als auch den Public Choice Award.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 15/2021 vom 01.10.2021



Mit dem European Heritage Awards / Europa Nostra Awards werden Projekte ausgezeichnet, die sich in herausragender Weise um die Pflege und den Erhalt des kulturellen Erbes verdient gemacht haben.

[Pressemitteilung von Europa Nostra](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

[EZB-Präsidentin Lagarde geht von temporärer Steigung der Inflationsrate aus](#)

In einer Anhörung vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments sagte EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* am 27.09.2021, die EZB gehe davon aus, dass die Inflationsrate im Herbst noch über den August-Wert von 3 % steigen werde. Allerdings handle es sich dabei nach Einschätzung der Zentralbank um eine temporäre Entwicklung – bedingt durch die steigenden Ölpreise, die Rücknahme der Mehrwertsteuer-Senkung in Deutschland und Kostendruck aufgrund von Lieferengpässen –, die sich im Laufe von 2022 hin zu einer Inflationsrate von 1,7 % auflösen sollte (mithin unter den im Juli 2021 neu ausgegebenen Zielwert von 2 %).

[Rede von EZB-Präsidentin Lagarde](#) (in englischer Sprache)

[Haushaltsausschuss möchte Ausgaben für 2022 im Vergleich zu Positionen von Rat und Kommission steigern](#)

Mit Beschluss vom 28.09.2021 hat sich der Haushaltsausschuss dafür ausgesprochen, die vom Rat in dessen Verhandlungsposition gemachten Einschnitte gegenüber dem Kommissionsvorschlag für den Haushalt 2022 rückgängig zu machen. Die Differenz zwischen den Positionen von Kommission und Rat in Höhe von insgesamt 1,43 Mrd. € ergeben sich u. a. aus höheren Ausgaben für das Austauschprogramm Erasmus+, die Umsetzung der Europäischen Kindergarantie, humanitäre Hilfe und die globale Impfinitiative Covax. Darüber hinaus wünscht der Haushaltsausschuss aber auch Mehrausgaben im Vergleich zum Kommissionsvorschlag, so u. a. für das Forschungsprogramm Horizont Europa sowie die Connecting Europe-Fazilität für grenzüberschreitenden Verkehr und Netzwerke. Das Plenum wird hierüber in seiner Sitzung vom 18. - 22.10.2021 abstimmen, gefolgt von den Verhandlungen mit dem Rat.

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#) (in englischer Sprache)

[Rat und Parlaments-Ausschuss einig betreffend Nachfolge an der Spitze der ESMA](#)

Mit Beschluss vom 22.09.2021 haben die Botschafter der Mitgliedstaaten den monatelangen Streit um die Nachfolge an der Spitze der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (Abkürzung aus dem Englischen ESMA) zugunsten der bisherigen Nr. 2 der Behörde, der Deutschen *Verena Ross*, entschieden, gegen den Italiener *Carmine di Noia*. Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments hat sich dem am 30.09.2021 angeschlossen, so dass nur noch die Zustimmung des Plenums aussteht. Die ESMA ist zuständig für die Sicherung der Stabilität des Finanzmarktsystems in der EU, etwa durch die Regulierung von Ratingagenturen sowie Beratung der gesetzgebenden Institutionen.

[Artikel in Politico](#) (in englischer Sprache)



Europäischer Rechnungshof: EU fördert nachhaltige Investitionen nicht ausreichend

In einem Sonderbericht vom 20.09.2021 kommt der Europäische Rechnungshof (ERH) zu dem Ergebnis, die EU täte nicht genug, damit Geld in nachhaltiges Wirtschaften fließe. Die Kommission habe zwar viel Engagement darauf verwendet, für mehr Transparenz auf den Märkten hinsichtlich der Nachhaltigkeit von Investitionen zu sorgen. Dies müsse aber flankiert werden durch Maßnahmen, welche die Kosten nicht nachhaltiger Geschäfte ausreichend berücksichtigten; jene seien „immer noch zu gewinnbringend“. Auch solle die Kommission ihre Bemühungen gezielter auf die Schaffung nachhaltiger Investitionsmöglichkeiten ausrichten.

[Pressemitteilung des Europäischen Rechnungshofes](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets: Kommission legt Richtlinienvorschlag vor

Die Kommission hat am 23.09.2021 einen Legislativvorschlag für einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets vorgelegt. Hierzu soll die Funkanlagenrichtlinie überarbeitet werden. Dies soll dazu beitragen, den grünen und digitalen Wandel voranzubringen und die Menge an Elektroschrott zu verringern. Der Richtlinienvorschlag sieht u. a. vor, dass USB-C als Standardanschluss für alle Smartphones, Tablets, Kameras, Kopfhörer, tragbare Lautsprecher und tragbare Videospielekonsolen genutzt und identische Ladegeschwindigkeiten bei der Verwendung eines kompatiblen Ladegeräts sowie Informationen über Ladeleistungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Zudem soll künftig beim Erwerb eines neuen elektronischen Geräts kein neues Ladegerät erworben werden müssen.

Um die Interoperabilität auf beiden Enden des Kabels (am elektronischen Gerät und am externen Netzteil) herzustellen, soll im Laufe dieses Jahres die Ökodesign-Verordnung überarbeitet werden. Zu dem Vorschlag kann nun gegenüber der Kommission bis zum 18.11.2021 Stellung genommen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Richtlinienvorschlag zur Änderung der Funkanlagenrichtlinie](#)

[Fragen und Antworten](#)

[Zur Konsultation zum neuen Richtlinienvorschlag](#)

Solvency-II: Kommission legt Vorschläge zur Überarbeitung der EU-Versicherungsvorschriften vor

Die Kommission hat am 22.09.2021 Vorschläge zur Überarbeitung der EU-Versicherungsvorschriften vorgelegt, einen Legislativvorschlag zur Änderung der Solvency-II-Richtlinie, eine Mitteilung zur Überarbeitung der Solvency-II-Richtlinie sowie einen Legislativvorschlag für eine neue Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Versicherungsunternehmen.

Die Überarbeitung der Solvency-II-Richtlinie zielt darauf ab, Verbraucher besser zu schützen und dass Versicherungsunternehmen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten solide bleiben. Hierzu sollen

- Verbraucher besser über die finanzielle Lage der Versicherer informiert werden,
- die Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden verbessert werden, um Verbraucher beim Erwerb von Versicherungsprodukten im Ausland besser zu schützen,
- Anreize für Versicherungen geschaffen werden, mehr in langfristiges Kapital für die Wirtschaft zu investieren,



- durch die Einstufung der Finanzkraft der Versicherungsunternehmen bestimmten Risiken besser Rechnung getragen werden,
- die Versicherungsunternehmen stärker beaufsichtigt werden.

Mit der Richtlinie über die Abwicklung und Sanierung soll ein neues Verfahren zur ordnungsgemäßen Abwicklung eingeführt werden, durch das nationale Behörden besser für den Fall einer Zahlungsunfähigkeit von Versicherungsgesellschaften gewappnet sein sollen.

Zu den Vorschlägen kann nun bis zum 19.11.2021 gegenüber der Kommission Stellung genommen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Richtlinienvorschlag zur Überarbeitung der Solvency-II-Richtlinie](#)

[Mitteilung zur Überarbeitung der Solvency-II-Richtlinie](#)

[Richtlinienvorschlag zur Sanierung und Abwicklung von Versicherungsunternehmen](#)

[Zur Konsultation](#)

Wettbewerbsfähigkeitsrat: Austausch der Industrieminister zum Fit-for-55-Paket

Die Binnenmarkt- und Industrieministerinnen und -minister tauschten sich am 29.09.2021 auf dem Wettbewerbsfähigkeitsrat u. a. zu den von der Kommission im Juli 2021 vorgelegten Vorschlägen des Fit-for-55-Pakets (EB 13/21) und deren Einfluss auf die Industrie aus. Sie betonten dabei die Notwendigkeit erschwinglicher dekarbonisierter Energie und unterstrichen die Bedeutung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) für die Verhinderung der Verlagerung von CO₂-Emissionen ins Ausland. Durch die neuen Regelungen für die Automobilwirtschaft werde diese, aus Sicht einiger Minister, vor Herausforderungen gestellt, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ergebe sich durch den Übergang zu einer grünen Wirtschaft Belastungen.

[Ergebnisse der Ratstagung](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Vorschlag zur Verlängerung des Befristeten Beihilferahmens vor

Die Kommission hat den Mitgliedstaaten am 30.09.2021 einen Entwurf für die Verlängerung des Befristeten Beihilferahmens für staatliche Beihilfen zur Konsultation vorgelegt. Der Befristete Beihilferahmen wurde im März 2020 von der Kommission angenommen (EB 05/20) und seitdem mehrmals verlängert und angepasst.

Ziel des vorübergehenden Beihilferahmens ist es, den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, auf die Auswirkungen des Coronavirus mit staatlichen Beihilfen entsprechend zu reagieren.

In dem nun vorgelegten Vorschlag sieht die Kommission eine Verlängerung des Rahmens bis zum 30.06.2022 vor sowie eine Anpassung des Anwendungsbereichs, indem u. a. zukunftsorientierte Investitions- und Solvenzunterstützungsmaßnahmen für einen begrenzten Zeitraum ermöglicht werden.



Die Mitgliedstaaten haben nun Gelegenheit, zu dem Vorschlag der Kommission Stellung zu nehmen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Revision der EU-Arzneimittelgesetzgebung ein

Die Kommission hat am 28.09.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Arzneimittelvorschriften veröffentlicht. Diese wurde im Rahmen der im November vorgelegten EU-Arzneimittelstrategie angekündigt (EB 19/20) und soll den Zugang zu erschwinglichen Arzneimitteln in der EU gewährleisten.

Zudem zielt die Überarbeitung darauf ab, Innovationen zu fördern, die Versorgungssicherheit zu verbessern und die Schaffung eines zukunfts- und krisenfesten Arzneimittelsystems zu unterstützen.

Bereits im März 2021 hatte die Kommission hierzu einen Fahrplan veröffentlicht (EB 07/21), die Annahme eines Verordnungsvorschlags ist für das vierte Quartal 2022 geplant.

Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 21.12.2021 (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

Folgenabschätzung und Konsultation der Kommission zu kurzfristigen Vermietungen im Tourismusbereich

Die Kommission hat am 16.09.2021 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase veröffentlicht und am 27.09.2021 eine öffentliche Konsultation eingeleitet für eine geplante Verordnung zu kurzfristigen Vermietungen im Tourismusbereich. Hierdurch sollen für alle Anbieter von Beherbergungsdiensten gleiche Wettbewerbsbedingungen hergestellt werden, insbesondere auch zugunsten von KMU. Die Annahme der Verordnung durch die Kommission ist für das erste Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme zur Folgenabschätzung besteht bis 14.10.2021, zur Konsultation bis 13.12.2021.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

EuGH: Software-Updates in VW-Dieselfahrzeugen verstößt aus Sicht des Generalanwalts gegen Unionsrecht

Der Generalanwalt *Athanasios Rantos* kam am 23.09.2021 in seinen Schlussanträgen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu der Auffassung, dass der Einbau einer integrierten Software, mit der entsprechend der Höhenlage und der Außentemperatur die Höhe der Schadstoffemissionen eines Fahrzeugs verändert wird, nicht mit dem Unionsrecht in Einklang steht. Hintergrund sind drei Vorlageverfahren von österreichischen Gerichten wegen der Ausstattung von VW-Dieselfahrzeugen mit Software-Updates, die unter bestimmten



Außentemperaturbedingungen und ab einer bestimmten Höhenlage die Reduzierung der Emissionen von Stickoxid (NO_x) begrenzen. Die Schlussanträge des Generalanwalts sind für den EuGH nicht bindend.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Schlussanträge des Generalanwalts](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und Europäischer Investitionsfonds (EIF) wollen Zugang zu Finanzmitteln für innovative Unternehmen verbessern

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und der Europäische Investitionsfonds (EIF) haben am 20.09.2021 in einer Absichtserklärung bekundet, künftig enger zusammenarbeiten zu wollen, um europäische Innovationen bei der grünen und digitalen Transformation zu fördern und den Zugang zu Finanzmitteln für innovative Unternehmen zu verbessern.

Insbesondere soll die Zusammenarbeit und der Austausch von Informationen über Finanzierungs- und Innovationsmöglichkeiten in Bereichen wie Kapitalbeteiligungen für europäische KMU und Start-ups sowie in europäische Klima-, Energie- und Umwelttechnologien, strategische digitale und tiefgreifende Technologien, Bildung und Kompetenzen, Gesundheit und Biowissenschaften verbessert werden.

Das EIT beruht auf dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa und bietet zusammen mit führenden Unternehmen, Forschungslaboren und Universitäten eine Vielzahl an Aktivitäten in den Bereichen Innovation und Unternehmertum. Der EIF gehört zur Europäischen Investitionsbank und unterstützt europäische KMU und Start-ups beim Zugang zu Finanzmitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

AUßENWIRTSCHAFT

Transatlantisches Verhältnis: Erste Sitzung des Handels- und Technologierates von EU und USA

Im Rahmen der ersten Sitzung des Handels- und Technologierates (TTC) zwischen den USA und der EU am 29.09.2021 in Pittsburgh, Pennsylvania wurde in einer gemeinsamen Erklärung vereinbart, die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu stärken (siehe hierzu auch Beitrag unter Politische Schwerpunkte in diesem EB). Besonders wichtig sei demnach eine Kooperation bei Technologiestandards, globalen Handelsherausforderungen, Sicherheit der Lieferketten vor allem auch im Bereich Halbleiter, Klimafragen, Digitalisierungsherausforderungen – insbesondere auch Künstliche Intelligenz – und Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Exportkontrollen und Investitionskontrolle. Hierzu sollen sich die zehn Arbeitsgruppen des TTC intensiv mit diesen Themen beschäftigen. Das nächste Treffen ist für das Frühjahr 2022 angesetzt.

[Gemeinsame Erklärung des EU-US Handels- und Technologierates](#) (in englischer Sprache)



EU und USA kündigen „Global Methane Pledge“ an

Die EU und die Vereinigten Staaten haben am 18.09.2021 den sog. „Global Methane Pledge“ angekündigt. Die Initiative soll der Verringerung der weltweiten Methanemissionen dienen und soll auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 26) im November auf den Weg gebracht werden. Die EU und acht Länder haben bereits signalisiert, dass sie sich dem Global Methane Pledge anschließen werden und verpflichten sich damit u. a. dem kollektiven Ziel, die Methanemissionen weltweit bis 2030 um mindestens 30 % gegenüber dem Stand von 2020 zu senken.

Methan ist ein starkes Treibhausgas und dem jüngsten Bericht des Weltklimarats zufolge etwa zur Hälfte für die Erderwärmung um netto 1,0 °C seit dem vorindustriellen Zeitalter verantwortlich.

Die Senkung der Methanemissionen gilt daher als wirksame Methode zur unmittelbaren Verringerung der Erderwärmung. Zu den großen Methanemissionsquellen zählen Öl und Gas, Kohle, Landwirtschaft und Mülldeponien.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Handel: Neues Allgemeines Präferenzsystem der EU zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Ländern mit niedrigem Einkommen

Die Kommission hat am 22.09.2021 einen Verordnungsvorschlag für das neue Allgemeine Präferenzsystem (APS) der EU für den Zeitraum 2024-2034 vorgelegt. Die APS-Verordnung ist ein unilaterales Handelsinstrument, durch das schutzbedürftige Länder mit niedrigem Einkommen Zollerleichterungen bei der Einfuhr von Erzeugnissen erhalten. Hierdurch soll die nachhaltige Entwicklung der Länder und die Teilhabe an der Weltwirtschaft gefördert werden. Die derzeitigen Regelungen laufen zum 31.12.2023 aus, die neuen Regelungen sollen daher ab dem 01.01.2024 gelten.

Durch die neue Verordnung sollen die Möglichkeiten der EU gestärkt werden, die Handelspräferenzen zu nutzen und dadurch zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Zudem sollen die Gründe für die Rücknahme der Zollerleichterungen erweitert werden, u. a. bei schwerwiegenden und systematischen Verstößen gegen die Grundsätze von Klima- und Umweltschutzübereinkommen. Bis zum 19.11.2021 kann nun zu dem Vorschlag gegenüber der Kommission Stellung genommen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnungsvorschlag für ein überarbeitetes APS](#) (in englischer Sprache)

[Konsultation zum überarbeiteten APS](#)



ENERGIE

Kommission kündigt Leitlinien zur Unterstützung der Mitgliedstaaten gegenüber steigenden Energiepreisen an

Bei einem informellen Treffen der Energieminister am 22.09.2021 kündigte Energiekommissarin *Kadri Simson* neue Leitlinien zur Unterstützung der Mitgliedstaaten gegenüber den steigenden Energiepreisen an. Diese sollen in den nächsten Wochen vorgelegt werden und den Mitgliedstaaten helfen, die ihnen auf nationaler Ebene zur Verfügung stehenden Optionen zu nutzen, ohne den politischen Rahmen der EU zu verlassen. Bereits jetzt stünden den Mitgliedstaaten aus Sicht der Kommission Möglichkeiten zur Verfügung, etwas gegen die steigenden Preise zu unternehmen, etwa die Mehrwertsteuer- und Verbrauchsteuerpolitik.

Im Rahmen des Treffens tauschten sich die Minister zudem über die Vorschläge zu den Themen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die von der Kommission im Juli 2021 im Rahmen des Fit-for-55-Pakets vorgelegt wurden (EB 13/21). Am 23.09.2021 erfolgte gemeinsam mit den Verkehrsminister eine Aussprache über den Vorschlag zur Förderung der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (siehe hierzu auch Beitrag des StMB in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Statement der Energiekommissarin *Simson*](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der slowenischen Ratspräsidentschaft](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Plastikallianz veröffentlicht neuen Fahrplan zum Recycling von 10 Mio. Tonnen Kunststoff bis 2025

Am 27.09.2021 hat die Circular Plastics Alliance (CPA), die fast 300 Organisationen aus Industrie, Wissenschaft und öffentlichem Sektor aus der gesamten Wertschöpfungskette für recycelte Kunststoffe vertritt, einen neuen Fahrplan veröffentlicht, um bis 2025 mindestens 10 Mio. Tonnen Kunststoffe zu recyceln. Darüber hinaus hat die Allianz nun die Methodik und Regeln für ein neues EU-weites Überwachungssystem für recycelte Kunststoffe angenommen. Zudem soll die Recyclingfähigkeit von 26 Kunststoffprodukten in den Bereichen Verpackung, Bau, Landwirtschaft und Haushaltsgeräte sichergestellt werden, die insgesamt über 60 % der in Europa gesammelten Kunststoffabfälle ausmachen. Um noch größere Wirkung zu erzielen, wird die Allianz im Jahr 2022 einen Bericht über die Anforderungen und Lösungen vorstellen, um die Integration von recycelten Kunststoffen in Produkten bis 2025 zu erhöhen. Darüber hinaus wird die Allianz ihren Fahrplan zur Erreichung von 10 Mio. Tonnen recycelten Kunststoffs in einem offenen Austausch mit nationalen und lokalen Behörden und allen anderen interessierten Akteuren regelmäßig aktualisieren.

[Website der CPA](#) (in englischer Sprache)

[Neuer Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

Kommission fordert Deutschland auf, ein nationales Programm für die Entsorgung radioaktiver Abfälle zu erlassen

Am 23.09.2021 hat die Kommission beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu richten. Grund dafür ist die Verabschiedung nationaler Programme für die Entsorgung radioaktiver Abfälle, die aus Sicht der Kommission nicht vollständig mit der Richtlinie über abgebrannte Brennelemente und radioaktive Abfälle ([Richtlinie 2011/70/Euratom des Rates](#)) in Einklang steht. Mit der Richtlinie wird ein Gemeinschaftsrahmen geschaffen, der für ein hohes Sicherheitsniveau sorgen und gewährleisten soll, dass künftigen Generationen keine unzumutbaren Belastungen auferlegt werden. Insbesondere verpflichtet sie die Mitgliedstaaten, nationale Programme für die Entsorgung aller abgebrannten Brennelemente und radioaktiven Abfälle, die in ihrem Hoheitsgebiet anfallen, von der Entstehung bis zur Endlagerung zu erstellen und durchzuführen. Ziel ist es, die Arbeitskräfte und die Bevölkerung vor den Gefahren ionisierender Strahlung zu schützen. Bei dem von Deutschland mitgeteilten nationalen Programmen wurde festgestellt, dass sie bestimmte Anforderungen der Richtlinie nicht erfüllen. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, die von der Kommission festgestellten Mängel zu beheben. Erhält die Kommission keine zufriedenstellende Antwort, kann sie beschließen, den EuGH damit zu befassen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Kommission leitet Konsultation zu Durchführungsbeschluss hinsichtlich Abfälle von Tabakprodukten ein

Am 22.09.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf eines Durchführungsbeschlusses in Bezug auf Einwegkunststoffartikel hinsichtlich der Übermittlung von Daten über Abfälle von Tabakprodukten mit kunststoffhaltigen Filtern, die nach dem Konsum entstehen, eingeleitet. Gemäß der Richtlinie über Einwegkunststoffartikel (Richtlinie (EU) 2019/904) sind die EU-Länder verpflichtet, der Kommission Daten über die gesammelten Abfälle folgender Artikel zu übermitteln: i) Tabakprodukte mit Filtern; ii) Filter, die zur Verwendung in Kombination mit Tabakprodukten vertrieben werden. Mit dieser Initiative werden die Regeln für die Übermittlung dieser Daten und Informationen sowie das Format für den Qualitätskontrollbericht festgelegt. Bis 20.10.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht 2021 zum Zustand der Luftqualität

Am 21.09.2021 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) ihren jährlichen Bericht zum Zustand der Luftqualität veröffentlicht. Darin werden Daten von über 4.500 Überwachungsstationen in 40 europäischen Ländern, darunter auch das Vereinigte Königreich, zusammengefasst. Die EUA kommt darin zu dem Ergebnis, dass die meisten EU-Länder im Jahr 2019 – dem Jahr mit den aktuellsten offiziellen Daten – mindestens einen der gesetzlichen EU-Grenzwerte überschritten haben. Vorläufigen Daten zufolge hat sich im Jahr 2020 die Luftqualität in Europa aufgrund der Beschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie verbessert. Die wichtigsten Ergebnisse des Berichts für das Jahr 2019 sind:

- Feinstaub (PM10):
 - 21 Länder (darunter 16 EU-Mitgliedstaaten) lagen über dem EU-Tagesgrenzwert
 - 31 Länder lagen über den Werten der WHO-Leitlinien von 2005
- Feinstaub (PM2,5):
 - 7 Länder (darunter 4 EU-Mitgliedstaaten) lagen über dem EU-Jahresgrenzwert
 - 28 Länder lagen über den WHO-Normen.
- Bodennahes Ozon (O3):
 - 24 Länder (darunter 19 Mitgliedstaaten einschließlich Deutschland) lagen über dem EU-Jahresgrenzwert,
 - alle Länder lagen über den WHO-Normen
- Stickstoffdioxid (NO2):
 - 22 Länder (darunter 18 Mitgliedstaaten einschließlich Deutschland) lagen über dem EU-Jahresgrenzwert, der dem von der WHO empfohlenen Wert entspricht
- Benzo[a]pyrene (BaP):
 - 14 Länder, von denen alle Mitgliedstaaten sind (einschließlich Deutschland), lagen über den EU-Werten



Die neuen Leitlinien der WHO sind am 22.09.2021 erschienen. Die Kommission hat eine Überarbeitung der EU-Luftqualitätsnormen für das 3. Quartal 2022 angekündigt, um sie im Rahmen des Europäischen Green Deal stärker an die WHO-Normen anzugleichen.

[EUA-Bericht](#) (in englischer Sprache)

[Leitlinien der WHO](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überprüfung der Umsetzung des EU-Umweltrechts im Jahr 2022

Am 20.09.2021 hat die Kommission einen Fahrplan zu einer Mitteilung bezüglich der Überprüfung der Umsetzung von EU-Umweltrecht im Jahr 2022 veröffentlicht. Die Überprüfung der Umsetzung der Umweltpolitik (environmental implementation review, EIR) ist ein regelmäßiger Zyklus der Analyse, des Dialogs und der Zusammenarbeit, um die Umsetzung der Umweltpolitik und des Umweltrechts der EU in den EU-Mitgliedstaaten zu verbessern. Die erste Überprüfung wurde im Februar 2017 und die zweite im April 2019 angenommen. Die EIR 2022 wird 27 Länderberichte über die Fortschritte der einzelnen EU-Länder bei der Erfüllung der wichtigsten Umweltverpflichtungen und ein Strategiepapier, in dem die gemeinsamen Herausforderungen und vorrangigen Maßnahmen für alle Länder aufgezeigt werden, umfassen.

Bis 18.10.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Fahrplan](#)

EU und USA kündigen „Global Methane Pledge“ an

Am 18.09.2021 haben die EU und die Vereinigten Staaten einen sog. „Global Methane Pledge“ angekündigt. Die Initiative soll der Verringerung der weltweiten Methanemissionen dienen und auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 26) im November auf den Weg gebracht werden. Die EU sowie acht Länder haben bereits signalisiert, dass sie sich dem Global Methane Pledge anschließen werden und verpflichten sich damit u. a. zu dem kollektiven Ziel, die Methanemissionen weltweit bis zum Jahr 2030 um mindestens 30 % gegenüber dem Stand von 2020 zu senken und sich darum zu bemühen, zur Quantifizierung der Methanemissionen die besten verfügbaren Methoden zur Erstellung von Emissionsinventaren anzuwenden. Die Einhaltung des Global Methane Pledge würde zu einem Rückgang der Erderwärmung um mindestens 0,2 °C bis 2050 führen. Die Kommission plant, noch in diesem Jahr Legislativvorschläge zur Messung, Meldung und Überprüfung von Methanemissionen vorzulegen, das Ablassen und Abfackeln einzuschränken und Vorschriften über die Erkennung von Methanlecks und die entsprechenden Reparaturen zu erlassen. Methan ist ein starkes Treibhausgas und dem jüngsten Bericht des Weltklimarats zufolge etwa zur Hälfte für die Erderwärmung um netto 1,0 °C seit dem vorindustriellen Zeitalter verantwortlich. Die Senkung der Methanemissionen gilt daher als wirksame Methode zur unmittelbaren Verringerung der Erderwärmung. Zu den



großen Methanemissionsquellen zählen Öl und Gas, Kohle, Landwirtschaft und Mülldeponien (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission leitet Konsultation zu Leitlinien zur Überwachung und Berichterstattung hinsichtlich Kunststoffe und anderer Meeresabfälle ein

Am 17.09.2021 hat die Kommission zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zum Thema Kunststoff und andere Meeresabfälle eine Konsultation eingeleitet. Die EU geht dagegen vor, dass Kunststoffabfälle und andere Abfälle im Meer landen, indem sie Anreize für Schiffe schafft, ihre Abfälle in Häfen zu entladen. Die Vorschriften sehen vor, dass die EU-Länder die Menge an Abfällen überwachen, die unbeabsichtigt von Fischernetzen und Fischereifahrzeugen aufgefischt und in ihre Häfen verbracht werden. Diese Daten sollen der Kommission übermittelt werden. In dieser Initiative werden die Überwachungsmethodik und das Format für die Berichterstattung festgelegt. Ziel ist es, den Prozess zu straffen und die Vorschriften klarer zu gestalten, sodass sie von den EU-Ländern leichter befolgt werden können. Bis 15.10.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem

Am 28.09.2021 hat die Kommission einen Fahrplan mit einer Folgenabschätzung in der Anfangsphase hinsichtlich der Überarbeitung der EU-Vorschriften zum Europäischen Lebensmittelsystem veröffentlicht. Die Initiative zielt darauf ab, das EU-Lebensmittelsystem nachhaltig zu gestalten und die Nachhaltigkeit in alle Maßnahmen im Bereich der Lebensmittelpolitik zu integrieren. Mit der Initiative werden die allgemeinen Grundsätze und Ziele sowie die Anforderungen an und die Zuständigkeiten aller Akteure im EU-Lebensmittelsystem festgelegt. Im Einzelnen handelt es sich um Vorschriften in den Bereichen Nachhaltigkeitskennzeichnung von Lebensmitteln, Mindestanforderungen für nachhaltige öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln sowie Governance und Überwachung. Bis 26.10.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung. Im weiteren Verlauf ist auch eine öffentliche Konsultation im ersten Quartal 2022 geplant. Die Annahme des Legislativvorschlags durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2023 vorgesehen.

[Fahrplan](#)



Fluggesellschaften verpflichten sich zu zeitnaher Erstattung nach Flugannullierungen

Am 30.09.2021 haben sich im Nachgang zu Gesprächen zwischen Kommission und den nationalen Verbraucherschutzbehörden 16 große Fluggesellschaften verpflichtet, die Fluggäste bei Flugannullierungen besser zu informieren und zeitnah zu entschädigen. Zudem sollen Fluggäste nur noch dann Gutscheine statt Erstattungen erhalten, wenn diese sich ausdrücklich dafür entscheiden. Des Weiteren sieht die Verpflichtung vor, dass Fluggäste, die ihren Flug über Vermittler gebucht haben und Schwierigkeiten haben, von diesem eine Erstattung zu erhalten, sich direkt an die Fluggesellschaft wenden und eine direkte Erstattung verlangen können. Die Kommission hatte die für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz zuständigen Behörden (Consumer Protection Cooperation – CPC-Netz) im Dezember 2020 gebeten, die Annullierungs- und Erstattungspraktiken mehrerer Fluggesellschaften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu überprüfen. Derzeit prüft die Kommission auch regulatorische Optionen, um den Schutz der Fluggäste in künftigen Krisen zu verbessern, wie es in der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität vorgesehen ist. Das CPC-Netz wird weiterhin überwachen, ob die Verpflichtungen der Fluggesellschaften korrekt umgesetzt werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission legt Richtlinienvorschlag für einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets vor

Am 23.09.2021 hat die Kommission einen Legislativvorschlag für einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets vorgelegt. Hierzu soll die Funkanlagenrichtlinie (Richtlinie 2014/53/EU zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt) überarbeitet werden. Dies soll dazu beitragen, den grünen und digitalen Wandel voranzubringen und die Menge an Elektroschrott zu verringern.

Der Richtlinienvorschlag beinhaltet u. a. die Festlegung von USB-C als Standardanschluss für alle Smartphones, Tablets, Kameras, Kopfhörer, tragbare Lautsprecher und tragbare Videospielkonsolen, identische Ladegeschwindigkeiten bei der Verwendung eines kompatiblen Ladegeräts, die Entbündelung des Verkaufs von Ladegeräten und elektronischen Geräten (beim Erwerb eines neuen elektronischen Geräts muss kein neues Ladegerät erworben werden) sowie Verpflichtungen zu Informationen über Ladeleistung und Schnellademöglichkeiten. Dadurch sollen Verbraucherinnen und Verbraucher besser nachvollziehen können, ob ihre bisherigen Ladegeräte den Anforderungen ihres neuen Geräts entsprechen oder leichter ein kompatibles Ladegerät auszuwählen. Zusammen mit den übrigen Maßnahmen soll dies dazu beitragen, dass weniger neue Ladegeräte gekauft werden und Verbraucherinnen und Verbraucher 250 Mio. € im Jahr für unnötigerweise angeschaffte Ladegeräte einsparen.

Um die Interoperabilität auf beiden Enden des Kabels, d. h. sowohl am elektronischen Gerät als auch am externen Netzteil herzustellen, soll im nächsten Schritt die Ökodesign-Verordnung überarbeitet werden.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 15/2021 vom 01.10.2021



Zu dem Vorschlag kann nun gegenüber der Kommission bis zum 18.11.2021 Stellung genommen werden (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Richtlinienvorschlag zur Änderung der Funkanlagenrichtlinie](#)

[Fragen und Antworten](#)

[Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

EU-Agrar- und Lebensmittelhandel nimmt 2021 weiter zu

Die Kommission gab am 24.09.2021 einen Überblick über den EU-Agrar- und Lebensmittelhandel für Januar bis Juni 2021.

Trotz eines schwachen ersten Quartals belief sich der Gesamtwert des EU-Agrar- und Lebensmittelhandels (Ausfuhren und Einfuhren) von Januar bis Juni 2021 auf 157,1 Mrd. €, was einem Anstieg von 3 % gegenüber dem gleichen Zeitraum 2020 entspricht. Die Ausfuhren stiegen um fast 6 % auf 95,3 Mrd. €, während die Einfuhren um 1 % auf 61,8 Mrd. € zurückgingen, so dass sich für die erste Jahreshälfte ein Agrar- und Lebensmittelhandelsüberschuss von insgesamt 33,5 Mrd. € ergab. Dies entspricht einem Anstieg von 21 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Was die einzelnen Produktkategorien betrifft, so war ein deutlicher Anstieg der Ausfuhrwerte von Wein (um 2 Mrd. €) sowie von Spirituosen und Likören (um 1 Mrd. €) zu verzeichnen. Weitere Zuwächse beim Wert der Ausfuhren gab es bei Schweinefleisch (+ 485 Mio. €), Raps- und Sonnenblumenöl (+ 465 Mio. €) sowie Schokolade und Süßwaren (+ 446 Mio. €). Starke Rückgänge wurden dagegen für die Ausfuhren von Weizen (- 1,3 Mrd. €), Kindernahrung (- 566 Mio. €), bei Gemüse (- 177 Mio. €), Butter (- 161 Mio. €) sowie Milchpulver und Molke (- 100 Mio. €) verzeichnet.

Die deutlichsten Wertsteigerungen bei den Einfuhren wurden bei Ölkuchen (+ 877 Mio. €) und Sojabohnen (+ 739 Mio. €) erzielt.

[EU-Agrar- und Lebensmittelhandel Januar - Juni 2021](#) (in englischer Sprache)

Kommission, Parlament und Rat: Startschuss für den „Europäischen Öko-Tag“

Die Kommission, das Europäische Parlament und der Agrarrat unterzeichneten am 23.09.2021 eine gemeinsame Erklärung, in der dieser Tag zum „Europäischen Tag des ökologischen Landbaus“ erklärt wird. Der 23. September entspricht der Herbsttagundnachtgleiche, dem Zeitpunkt des Jahres, an dem Tag und Nacht gleich lang sind; er ist ein Symbol des Gleichgewichts, das an die Harmonie zwischen Landwirtschaft und Umwelt erinnert und sich ideal für den ökologischen Landbau eignet.

Diese Initiative folgt dem von der Kommission am 25.03.2021 angenommenen Aktionsplan für die Entwicklung der ökologischen Erzeugung, in dem die Einführung eines solchen Tages angekündigt wurde, um das Bewusstsein für diese Art der Erzeugung zu stärken.

[Europäischer Öko-Tag](#) (in englischer/französischer Sprache)



G20-Agrarministertreffen mit Agrarkommissar *Wojciechowski* in Florenz

Die G20-Agrarminister trafen sich am 17./18.09.2021 mit Agrarkommissar *Janusz Wojciechowski* in Florenz. In der Abschlusserklärung wurde das Engagement für Ernährungssicherheit im Rahmen der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Wirtschaft, Soziales und Umwelt – bekräftigt.

Um nachhaltige und widerstandsfähige Nahrungsmittelsysteme zu gewährleisten, unterstrichen die G20-Minister ihre Absicht, das Ziel "Null Hunger" zu erreichen, das auch durch die Folgen von Covid-19 bedroht ist. Trotz des Produktionsanstiegs ist für ein Viertel der Weltbevölkerung die Ernährung noch immer nicht gesichert.

Sie einigten sich, keine ungerechtfertigten restriktiven Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer extremen Volatilität der Lebensmittelpreise auf den internationalen Märkten führen und damit die Ernährungssicherheit gefährden könnten.

Mit der Unterzeichnung des Abschlusskommuniqués ("Nachhaltigkeitscharta von Florenz") wollen die Minister die Zusammenarbeit zwischen den G20-Mitgliedern und den Entwicklungsländern im Bereich Ernährung und Landwirtschaft verstärken, um Wissen auszutauschen und die Entwicklung interner Produktionskapazitäten zu unterstützen, die den lokalen Bedürfnissen am besten entsprechen.

Die für Deutschland teilnehmende Staatssekretärin *Kasch* unterstrich die Unterstützung eines globalen One-Health-Ansatzes, der die enge Verbindung der Gesundheit von Mensch, Tier und eine intakte Umwelt verkörpert.

[G20-Agrarministertreffen, Florenz](#) (in englischer Sprache)

Bericht der Vereinten Nationen kritisiert Agrarsubventionen

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) veröffentlichte am 14.09.2021 einen Bericht über die Klimawirkung von Agrarsubventionen mit dem Titel: „A multi-billion-dollar opportunity – Repurposing agricultural support to transform food systems“.

Laut dem Bericht behindern öffentliche Fördermechanismen für die Landwirtschaft einen Wandel hin zu gesünderen, nachhaltigeren, gerechteren und effizienteren Ernährungssystemen. Dies erschwere ein Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens.

Einige Länder hätten zwar damit begonnen, die Agrarförderung zu reformieren, es seien jedoch tiefgreifende und schnellere Reformen für die Umgestaltung der Ernährungssysteme erforderlich. Der Bericht enthält einen Aufruf, Agrarsubventionen nachhaltiger zu gestalten und eine Anleitung in sechs Schritten, wie Regierungen die Unterstützung für landwirtschaftliche Erzeuger umfunktionieren könnten und welche Reformen aus Sicht der Autoren für diese Umgestaltung notwendig seien.



Vor der entscheidenden GAP-Abstimmung im Plenum des EU-Parlaments im November könnte dieser Bericht die Kritik an der politischen Einigung der GAP für die neue Förderperiode verstärken. Teile der S&D-Fraktion sowie die Grünen haben sich mittlerweile für eine Ablehnung des GAP-Pakets ausgesprochen.

[Bericht der Vereinten Nationen zur Klimawirkung von Agrarsubventionen](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Rechtssetzung neuer genomischer Verfahren bei Pflanzen

Die Kommission veröffentlichte am 24.09.2021 einen Fahrplan zu Rechtsvorschriften für Pflanzen, die mithilfe bestimmter neuer genomischer Verfahren gewonnen werden.

Im Rahmen dieser Initiative wird ein neuer Rechtsrahmen für Pflanzen geschaffen, die durch gezielte Mutagenese und Cisgenese gewonnen werden sowie für die daraus hergestellten Lebens- und Futtermittel. Er beruht auf den Erkenntnissen einer Kommissionsstudie über neuartige genomische Verfahren.

Ziel ist es, ein hohes Schutzniveau für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt aufrechtzuerhalten, Innovationen im Agrar- und Lebensmittelsystem zu ermöglichen und zur Erreichung der Ziele des Europäischen Green Deals und der Farm to Fork-Strategie beizutragen.

Rückmeldungen sind möglich bis 22.10.2021.

[Fahrplan](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Kommission will europäischen Rechtsrahmen gegen illegale Beschäftigung effektiver nutzen

Die Kommission hat am 29.09.2021 ein „Follow up“-Migrationspaket vorgelegt (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB). Das Paket enthält eine Mitteilung, mit welcher die Umsetzung der Richtlinie über Sanktionen gegen Arbeitgeber (2009/52/EG) in der Praxis verbessert werden soll. Die Richtlinie bietet seit dem Jahr 2009 einen europäischen Rechtsrahmen zur Verhinderung der illegalen Beschäftigung von Migranten. In der nun vorgelegten Bilanz blickt die Kommission kritisch auf die Umsetzung der in der Richtlinie vorgesehenen Mindestanforderungen für finanzielle und strafrechtliche Sanktionen. Sie fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, zu prüfen, ob die eingeführten Strafen für Arbeitgeber tatsächlich abschreckend sind. Zum Schutz der betroffenen Migranten werden u. a. bessere Beschwerdemechanismen für die von Ausbeutung Betroffenen angemahnt. Die Kommission fordert zudem dazu auf, in den besonders von illegaler Beschäftigung betroffenen Wirtschaftsbereichen regelmäßige Inspektionen durchzuführen.

Die Kommission wird prüfen, ob künftig Fortschritte erzielt werden können oder ob Änderungen des bestehenden Rechtsrahmens erforderlich sein werden. Im deutschen Recht wurde die Richtlinie insbesondere mit Änderungen aufenthaltsrechtlicher Vorschriften, aber auch mit einer Überarbeitung des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes umgesetzt (siehe insbesondere: AufenthRÄndG 2011).

[Pressemitteilung](#)

[Mitteilung](#) (in englischer Sprache)

Kommission sieht große Erfolge des SURE-Instruments beim Schutz von Arbeitsplätzen

Die Kommission hat am 22.09.2021 einen zweiten Bericht zur Wirkung des SURE-Instruments (Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency) veröffentlicht. Darin heißt es, dass die unterstützten nationalen Arbeitsmarktmaßnahmen dafür gesorgt hätten, dass im Jahr 2020 knapp 1,5 Mio. Menschen nicht arbeitslos geworden sind. Weitere Zahlen aus der Zwischenbilanz:

- 19 Mitgliedstaaten wurde bisher finanzielle Unterstützung in Höhe von insgesamt 94,3 Mrd. € gewährt (89,6 Mrd. € ausbezahlt).
- Das SURE-Instrument hat im Jahr 2020 rund 2,5 Mio. Unternehmen und 31 Mio. Menschen unterstützt.

Zur Finanzierung des SURE-Instruments gibt die Kommission Sozialanleihen aus und verwendet die Erlöse, um den begünstigten Mitgliedstaaten Darlehen zur Finanzierung von nationalen Maßnahmen zu gewähren.

[Ausführlicher Bericht](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Revision der EU-Arzneimittelgesetzgebung ein

Die Kommission hat am 28.09.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Arzneimittelvorschriften eingeleitet. Diese wurde im Rahmen der im November 2020 vorgelegten EU-Arzneimittelstrategie angekündigt und baut auf den Lehren aus der COVID-19-Pandemie auf. Bereits im März 2021 hatte die Kommission hierzu einen Fahrplan veröffentlicht, die Annahme eines Verordnungsvorschlags ist für das vierte Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 21.12.2021.

Im Rahmen der öffentlichen Konsultation geht es insbesondere um Folgendes:

- die Wirksamkeit der Arzneimittelvorschriften der EU;
- ungedeckten medizinischen Bedarf;
- antimikrobielle Resistenzen;
- Innovationsanreize;
- zukunftssichere Gestaltung des Rechtsrahmens für neuartige Produkte;
- verbesserten Zugang zu Arzneimitteln;
- Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Märkte zur Gewährleistung erschwinglicher Arzneimittel;
- Nutzung vorhandener Arzneimittel für neue Indikationen;
- Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln;
- Qualität und Herstellung von Arzneimitteln;
- ökologische Herausforderungen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

Kommission gewährt 20 EU-Ländern Zuschüsse für den Erwerb von Corona-Tests

Die Kommission hat 20 Mitgliedstaaten Zuschüsse von insgesamt 95 Mio. € für den Erwerb von Corona-Tests gewährt. Damit soll die Einführung des digitalen COVID-Zertifikats erleichtert werden. Vor allem diejenigen Bürger, die noch nicht vollständig geimpft sind und die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können, sollen einen erschwinglichen Zugang zu schnellen und genauen Tests erhalten. Die Zuschüsse, die über das Instrument für Soforthilfe (ESI) finanziert werden, werden es den Mitgliedstaaten ermöglichen, schnelle und präzise Tests zu erschwinglichen Preisen anzubieten. Diese Unterstützung, die über die



nationalen Behörden abgewickelt wird, soll den unterschiedlichen Bedürfnissen in den einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung tragen.

[Pressemitteilung](#)

[Digitales COVID-Zertifikat der EU](#)

Sanofi stellt Entwicklung seines mRNA COVID-19-Impfstoffs ein

Sanofi gibt die Pläne für die Entwicklung seines mRNA-Impfstoffs COVID-19 trotz positiver Ergebnisse in den Phasen 1 und 2 auf, da es nach Ansicht des französischen Pharmakonzerns keinen Bedarf mehr für einen mRNA-Impfstoffs gegen COVID-19 gibt. Sanofi will sich nun auf den Abschluss der letzten Entwicklungsschritte seines rekombinanten COVID-19-Impfstoffs konzentrieren, der in Partnerschaft mit dem Pharmaunternehmen Glaxo Smith Kline entwickelt wurde.

[Sanofi Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Europäische Arzneimittel-Agentur prüft Daten zur Auffrischimpfung des COVID-19-Impfstoffs Spikevax von Moderna

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat mit der Prüfung eines Antrags auf Verabreichung einer Booster-Impfung von Spikevax (dem COVID-19-Impfstoff von Moderna Biotech Spain, S.L.) begonnen, die mindestens sechs Monate nach der zweiten Dosis bei Personen ab zwölf Jahren verabreicht werden soll. Die vorgelegten Daten sollten in einem beschleunigten Verfahren bewertet werden. Die EMA erklärte erneut, dass grundsätzlich eine dritte Impfung zum Schutz vor einer Infektion nicht notwendig sei. Die Entscheidung, ob zusätzliche Impfungen angeboten werden sollen, sei aber Sache der Mitgliedsstaaten.

[Pressemitteilung der EMA vom 27.09.](#) (in englischer Sprache)

Pfizer/Biontech wollen eine Notfallzulassung für ihren COVID-19-Impfstoff für Kinder (5-11 Jahren) bei der FDA beantragen

Pfizer und Biontech wollen in den kommenden Wochen bei der US-Gesundheitsbehörde FDA eine Notfallzulassung für ihren Covid-19-Impfstoff für **Kinder im Alter von fünf bis elf Jahren** beantragen. Entsprechende Anträge sind nach Mitteilung der Unternehmen auch bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) und anderen Regulierungsbehörden geplant.

[Pressemitteilung von Pfizer](#) (in englischer Sprache)



Kommission startet europaweite Kampagne „HealthyLifestyle4All“

Die Kommission hat am 23.09.2021 die Kampagne „HealthyLifestyle4All“ gestartet, mit der eine gesunde Lebensweise für alle Generationen und sozialen Gruppen gefördert werden soll. Die Kampagne läuft über zwei Jahre und soll mit politischen Maßnahmen aktive Lebensweisen u. a. im Bereich **Gesundheit und Ernährung** unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, nationalen, lokalen und regionalen Behörden sowie internationalen Gremien unterstützen.

Die Aktionen konzentrieren sich auf die drei Ziele der Kampagne HealthyLifestyle4All:

- Erhöhung des Bewusstseins für eine gesunde Lebensweise in allen Altersklassen;
- Erleichterung des Zugangs zu Sport, körperlicher Betätigung und gesunder Ernährung, mit Schwerpunkt auf Inklusion und Nichtdiskriminierung;
- Förderung eines Gesamtkonzepts, das quer durch alle Politikbereiche und Sektoren Ernährung, Gesundheit, Wohlbefinden und Sport verbindet.

Die Kommission wird als Koordinatorin der Kampagne in den nächsten zwei Jahren verschiedene Aktionen durchführen, darunter die Entwicklung einer **mobilen EU-App über Krebsvorsorge**, um ein Bewusstsein für die Bedeutung einer gesunden Lebensweise bei der Krebsprävention zu schaffen und die Ziele von Europas Plan gegen den Krebs zu unterstützen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 24.09.2021](#)

[HealthyLifestyle4All](#)

[Europäische Woche des Sports](#) (in englischer Sprache)

[Ernährung und körperliche Bewegung](#)

[Europas Plan gegen den Krebs](#)

Kommission unterzeichnet einen Rahmenvertrag mit Eli Lilly für ein neues COVID-19-Therapeutikum

Die Kommission hat einen Rahmenvertrag mit dem amerikanischen Pharmaunternehmen **Eli Lilly** für die Beschaffung von monoklonalen Antikörpern für die Behandlung von Coronavirus-Patienten am 21.09.2021 unterzeichnet. Das Produkt von Eli Lilly ist eine Kombination aus zwei monoklonalen Antikörpern (Bamlanivimab und Etesevimab) zur Behandlung von Coronavirus-Patienten, die keinen Sauerstoff benötigen, aber einem hohen Risiko schwerer COVID-19-Verläufe ausgesetzt sind. Das Arzneimittel wird von der Europäischen Arzneimittel-Agentur derzeit fortlaufend überprüft. 18 Mitgliedstaaten beteiligen sich an der gemeinsamen Beschaffung von bis zu 220.000 Behandlungen. Der gemeinsame Beschaffungsvertrag folgt auf den Vertrag mit **Roche** vom 31.03.2021 über das Produkt REGN-COV2, eine Kombination aus Casirivimab und Imdevimab, und den Vertrag mit **Glaxo Smith Kline** vom 27.07.2021 über die Lieferung von Sotrovimab (VIR-7831), das in Zusammenarbeit mit VIR Biotechnologie entwickelt wurde.



Die am 06.05.2021 angenommene **EU-Strategie für COVID-19-Therapeutika** zielt darauf ab, ein breites Portfolio an COVID-19-Therapeutika aufzubauen, damit bis Oktober 2021 **drei** neue Therapeutika und bis Ende des Jahres möglicherweise **zwei weitere** Therapeutika zur Verfügung stehen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[EU-Strategie für Therapeutika](#)

[Corona-Krisenreaktion](#)

Ausschreibung für Produktionskapazitäten für Impfstoffe und Arzneimittel

Die Kommission hat am 17.09.2021 eine Vorabinformation veröffentlicht, um Herstellern von Therapeutika und Impfstoffen erste Hinweise auf die EU-FAB Ausschreibung zu geben, die für Anfang 2022 geplant ist. Die EU-FAB-Fazilität, ein Netz ständig einsatzbereiter Produktionskapazitäten für die Herstellung von Arzneimitteln und Impfstoffen, wird aktiviert, um die Reserve zusätzlicher Herstellungskapazitäten verfügbar zu machen. Gleiches gilt für Notfallpläne für Forschung und Entwicklung in Absprache mit den Mitgliedstaaten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission](#)

[Supplement zum Amtsblatt der EU](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Erste Sitzung des Handels- und Technologierates von EU und USA

Im Rahmen der ersten Sitzung des Handels- und Technologierates (TTC) zwischen den USA und der EU am 29.09.2021 in Pittsburgh, Pennsylvania wurde in einer gemeinsamen Erklärung vereinbart, die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu stärken (siehe hierzu auch Beitrag unter Politische Schwerpunkte und des StMWi in diesem EB).

Zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) bekräftigten USA und EU ihre Absicht, KI-Systeme zu entwickeln, die innovativ und vertrauenswürdig seien und die universellen Menschenrechte und demokratischen Werte achteten. Man spreche sich gegen rechtsverletzende „Social Scoring“-Anwendungen aus. Politische und regulatorische Maßnahmen sollten auf den Risiken der verschiedenen Verwendungszwecke von KI basieren und in einem angemessenen Verhältnis dazu stehen.

Verschiedenen thematischen Arbeitsgruppen wurden bis zum nächsten Treffen Arbeitsaufträge erteilt. So sollen Konzepte für die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Normen entwickelt werden, eine andere Arbeitsgruppe soll nach Möglichkeit Konsistenz und Interoperabilität bei den jeweiligen Ansätzen zur Governance von Daten und Technologieplattformen anstreben. Die Arbeitsgruppe „Klima und saubere Technologien“ hat u. a. die Aufgabe, Anreize zu Investitionen in klimaneutrale Technologien zu untersuchen. Im Frühjahr 2022 soll ein nächstes Treffen stattfinden.

[Gemeinsame Erklärung des EU-US Handels- und Technologierates](#) (in englischer Sprache)